Genosse Ernst Aust vor Gericht: **Ich klage an!** Seite 5/6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 30. August 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Krieg dem imperialistischen Krieg

Es lebe der Rote Antikriegstag!

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der für die Völker viele Millionen Tote und Verwundete, Trümmer, Hunger und Not bedeutete, begeht das Proletariat unseres Landes den 1. September, an dem 1939 der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen begann, als Tag, an dem es seine Kampfentschlossenheit gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck bringt.

Wie schon seit 1972 hat die KPD/ML auch in diesem Jahr zum ROTEN ANTIKRIEGSTAG aufgerufen. Am 30. August findet aus diesem Anlaß eine große Demonstration in Frankfurt statt, an der sich auch die Gruppe Rote Fahne (KPD) sowie die Organisationen ML Aachen, Bochum und Frankfurt beteiligen. Im Anschluß an die Demonstration beginnt in Offenbach ein öffentlicher zweitägiger Kongreß der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, unter dem Thema: Jugend gegen den imperialistischen Krieg.

„Imperialismus bedeutet Krieg." Diese Worte Lenins bewahrheiten sich auch heute. Die D„K"P-Revisionisten und vor allem ihre Oberherren im Kreml, die allesamt die Lehren Lenins völlig verraten haben, tönen zwar überall laut, daß heute Frieden, Entspannung und Sicherheit zwischen den Imperialisten möglich sei. Doch es sind Lügen, Versprechungen, die von den Tatsachen ablenken sollen.

Erinnern wir uns: Auch Hitler pries die Friedensabsichten der deutschen Imperialisten am lautesten kurz bevor er Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg anzettelte, um die Neuaufteilung der Herrschaftsbereiche unter den Imperialisten zu erreichen. Nicht anders ist es auch heute. Während die beiden Supermächte, der US-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, von Frieden reden, rivalisieren sie immer heftiger um die Vorherrschaft, drängen sie beide, insbesondere die russischen Sozialimperialisten, nach einer Neuaufteilung ihrer Herrschaftsbereiche unter sich, die sie nur auf gewaltsamem Wege, auf dem Weg des imperialistischen Krieges lösen können. In Europa ist dies gerade für unser Land von großer Bedeutung angesichts dessen, daß die russischen Sozialimperialisten die DDR gewaltsam besetzt halten und die US-Imperialisten ihren Einfluß über Westdeutschland ausüben, die Front zwischen beiden mitten durch unser Land verläuft.

Daher heißt es auch für unser Volk in einer Front mit den Völkern der Welt gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte zu kämpfen und sich vorzubereiten. Kämpft mit uns unter der Führung der KPD/ML.

- **Gegen die beiden Hauptkriegstreiber und größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus!**
- **Gegen die Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit den beiden Supermächten durch die er seine aggressiven Absichten zu verwirklichen sucht!**
- **Für die internationale Einheitsfront der Völker, an deren Spitze die Volkrepublik China und die Volksrepublik Albanien im Kampf gegen die beiden Supermächte stehen!**
- **Für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für den Sturz des Imperialismus, der Quelle des imperialistischen Krieges!**



Wer sind die Feinde des Volkes in Portugal?

Vierzehn Monate nach dem Sturz des faschistischen, von den amerikanischen Imperialisten ausgehaltenen Caetano-Regimes in Portugal sind die konterrevolutionären faschistischen und sozialfaschistischen Kräfte zu einem Generalangriff angetreten, um die Revolution des portugiesischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu erdrosseln.

In dieser Situation ist es unsere Aufgabe die Solidarität mit dem portugiesischen Volk zu verstärken. Wir können uns natürlich nicht die Aufgabe stellen, die Aufgaben der portugiesischen Revolution grundlegend zu analysieren, das ist die Aufgabe der portugiesischen Marxisten-Leninisten. Vorschnelle „Analysen" ohne gründliche Kenntnis der Lage schaden mehr, als sie nützen. Aber wir müssen uns die Frage stellen, welche Kräfte wir unterstützen und welche wir als Feinde des portugiesischen Volkes bekämpfen, um einerseits der demagogischen Propaganda der modernen Revisionisten „Portugal darf kein zweites Chile werden" entgegentreten zu können, und andererseits die Hetze der imperialistischen Presse unter der Stoßrichtung „Ein Volk kämpft gegen die kommunistische Diktatur" richtig entlarven zu können.

Tatsache ist, daß heute im Norden und im Zentrum des Landes der offene faschistische Terror tobt. Der Erzbischof von Braga, ein alter Faschist und Anhänger Salazars, hetzt offen zum Mord, und faschistische Gruppen wie z.B. die „Europäische Befreiungsarmee" setzen diese Hetze in die Tat um.

Geschickt nutzen diese Leute den gerechten Haß der Bauern gegen die revisionistische, sozialfaschistische Partei Cunhals für ihre konterrevolutionären Ziele aus.

Cunhals Partei ist weder kommunistisch noch revolutionär, sie ist im Gegenteil eine Agentur des russischen Sozialimperialismus, die mit allen Mitteln versucht, Portugal den Neuen Zaren im Kreml auszuliefern und die revolutionäre Bewegung zu ersticken.

(Nach dem Sturz des Caetano-Regimes vor einem Jahr schwammen die modernen Revisionisten auf der Welle der revolutionären Begeisterung des portugiesischen Volkes, nutzten seinen Haß gegen den Faschismus schamlos aus, um sich, gestützt auf ihre Positionen in der Bewegung der Streitkräfte (MFA) in die vorderste Reihe der politi-

Fortsetzung auf Seite 8

Für ein Interview mit dem ROTEN MORGEN

7500 DM Strafe gegen Genossen Ernst Aust

Starke Polizeikräfte waren aufgeboten, als vor der Großen Strafkammer in Hamburg am 20. 8. eine Anklage gegen den Vorsitzenden unserer Partei, den Genossen Ernst Aust, verhandelt wurde. Die Anklage der Bourgeoisie lautete auf Wehrkraftzersetzung und böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik. Die Anklage wegen Wehrkraftzersetzung war auf direkte Intervention von Bundesverteidigungsminister Leber erhoben worden. Gerade dieser Punkt der Anklage aber mußte fallengelassen werden, nachdem Genosse Ernst Aust den nationalen Verrat der westdeutschen Monopolbourgeoisie anprangerte, die Untauglichkeit der Bundeswehr zur Verteidigung gegen die beiden imperialistischen Supermächte und die Notwendigkeit der Volksbewaffnung aufzeigte. Offensichtlich konnten die Repräsentanten des Staatsapparates nicht so schnell entscheiden, wie diesen Angriffen des Genossen Aust zu begegnen sei. So ließen sie diesen Anklagepunkt zunächst einmal wie eine heiße Kartoffel fallen. Verurteilt wurde Genosse Ernst Aust wegen „böswilliger Verächtlichmachung", weil er in einem Interview mit dem ROTEN MORGEN den Charakter dieses Staates als Diktatur der Bourgeoisie und die Notwendigkeit und Berechtigung der sozialistischen Revolution aufgezeigt hatte. Das Urteil über 7 500 DM, ersatzweise 150 Tage Haft, mußte vor leeren Bänken verkündet werden. Die rund 60 Zuhörer hatten es vorgezogen, nach den Ausführungen des Genossen Ernst Aust gemeinsam mit diesem den Gerichtssaal zu verlassen. Auf den Seiten 5 und 6 dieser Ausgabe sind Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust vor Gericht abgedruckt.

AUS DEM INHALT

Warum ist der Antikriegstag rot?

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges begehen die revolutionären und fortschrittlichen Menschen den 1. September, an dem 1939 die Hitlerfaschisten Polen überfielen, als Antikriegstag, als Tag, an dem die Werktätigen Menschen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen die wachsende Kriegsgefahr ihre Entschlossenheit demonstrieren, dem imperialistischen Krieg durch die proletarische Revolution, den Sturz des Imperialismus, ein Ende zu setzen.

Im Kampf gegen die modernen Revisionisten der D„K"P, die gegen den imperialistischen Krieg die Zusammenarbeit der Imperialisten propagieren, hat die KPD/ML die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse aufgenommen und die marxistisch-leninistische Lehre, daß der imperialistische Krieg und seine Quelle, der Imperialismus,nur durch die proletarische Revolution beseitigt werden kann, verteidigt. Seit 1972 hat unsere Partei alljährlich am 1. September zum revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg mobilisiert, indem sie gegen die pazifistischen und revisionistischen Losungen der D„K"P den Roten Antikriegstag setzte.

Ausgehend davon, alle revolutionären Kräfte gegen den imperialistischen Krieg zusammenzuschließen, begrüßen wir es als einen wichtigen Fortschritt, daß in diesem Jahr die Gruppe Rote Fahne (KPD) erstmals sich entschlossen hat, am Roten Antikriegstag gemeinsam mit der KPD/ML in Frankfurt eine Demonstration durchzuführen. Was allerdings uns – und auch viele Mitglieder innerhalb der Gruppe Rote Fahne (KPD) verwundert, ist, daß die Führung der GRF dem Roten Antikriegstag einen neuen Namen zu geben sucht: Kampftag gegen den imperialistischen Krieg.

Gewiß ist der Rote Antikriegstag ein Kampftag gegen den imperialistischen Krieg. Aber nicht darum geht es, sondern vielmehr um die Auffassung einiger Leute, daß der Name Roter Antikriegstag manchen abschrecken könnte und die Breite der Bewegung einengen würde. Bewußt aber hat unsere Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus stets betont, daß der Antikriegstag ein roter, ein revolutionärer Kampftag ist. Welche Aufgaben haben denn die Marxisten-Leninisten innerhalb der Bewegung der werktätigen Menschen gegen den Krieg? Sie haben vor allem die Aufgabe, ihr die Richtung zu weisen, um ihr zum Sieg zu verhelfen. Das heißt zum einen, die Bewegung auf den Hauptfeind zu konzentrieren, von dem die größte Gefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg gegenwärtig ausgeht. Das sind die beiden imperialistischen Supermächte, die um die Weltherrschaft rivalisieren und nach einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt unter sich drängen. Insbesondere ist das in Europa der russische Sozialimperialismus, der noch aggressiver und mit seiner sozialistischen Tarnmaske noch gefährlicher ist als der US-Imperialismus.

Der Bewegung gegen den imperialistischen Krieg die Richtung zu weisen, heißt vor allem aber auch, den Menschen den Ausweg zu zeigen, den sie gegen den imperialistischen Krieg einschlagen müssen. Imperialismus bedeutet Krieg, lehrten Lenin und Stalin. Und sie betonten stets, daß der Krieg erst dann abgeschafft sein wird, wenn die Quelle des imperialistischen Krieges, der Imperialismus selbst beseitigt ist. Das aber heißt, daß die proletarische Revolution die beste und zugleich letztlich auch einzig wirksame Waffe gegen den imperialistischen Krieg ist. Genau das gilt es auch in die Bewegung hineinzutragen: Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution.

Wer aber angesichts der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte das aus den Augen verliert, den Kampf für die proletarische Revolution nur als Anhängsel oder vielleicht sogar als Hemmnis im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und bei der Mobilisierung der Massen betrachtet, wendet sich ab vom proletarischen Standpunkt und desorientiert die Bewegung in ihrem Kampf. Gerade in der noch wenig gefestigten Bewegung unseres Landes gegen den Krieg gilt es solchen Tendenzen gegenüber wachsam zu sein. Daß es solche Tendenzen gibt, zeigt sich zum Beispiel in der Auffassung, daß man keine allgemeine antiimperialistische Propaganda treiben dürfe, da das den USA-Imperialismus und andere Imperialisten gegenüber dem russischen Sozialimperialismus schwächen würde. Nicht, den einen Imperialismus gegen den anderen zu stützen und zu fördern, heißt die Aufgabe des Proletariats in unserem Land, sondern mit aller Kraft gegen den Imperialismus zu kämpfen und dabei die Hauptkraft gegen die Hauptfeinde zu richten. Gerade solche Abweichungen und falsche Tendenzen in der Bewegung zeigen vielmehr, wie notwendig allgemeine Propaganda gegen den Imperialismus ist.

Falsch aber auch ist die Tendenz der KBW-Führung, die scheinbar radikal behauptet, daß der Kampf gegen die beiden Hauptkriegstreiber, die USA und die Sowjetunion bedeute, den Kampf für die Revolution in Westdeutschland einzustellen. Daß dies im Grunde nur ein Vorwand ist, um nicht den Kampf gegen beide Supermächte und insbesondere den russischen Sozialimperialismus zu führen, zeigt sich daran, daß es in der Einladung der KPD/ML zu Bündnisverhandlungen ausdrücklich hieß, daß der Kampf am Roten Antikriegstag sich nicht nur gegen die beiden imperialistischen Supermächte, sondern auch gegen den westdeutschen Imperialismus richtet, der nach wie vor aggressiv ist, sich aber gegenwärtig nicht in der Lage sieht, seine Ambitionen zu verwirklichen.

Der KBW-Führung geht es nicht darum, wirklich gegen die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges zu kämpfen, sondern insbesondere den russischen Sozialimperialismus zu schonen, um ihre Bremer Bündnisgespräche mit Leuten wie Steigerwald und Co., den Führern der D„K"P-Revisionisten nicht zu gefährden, mit derem Kampf gegen die Revolution sie offensichtlich liebäugeln.

Roter Antikriegstag, das heißt nicht, gegen den einen Imperialismus zu kämpfen, um den anderen zu stützen, sondern an diesem Tag bekundet die Arbeiterklasse ihre Kampfbereitschaft gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden imperialistischen Supermächte sowie ihre Entschlossenheit, den Imperialismus durch die proletarische Revolution zu stürzen und so die Quelle des imperialistischen Krieges und damit den imperialistischen Krieg selbst aus der Welt zu schaffen.

"Hilex'75"

US-Imperialisten üben 3.Weltkrieg in Europa

68000 Soldaten werden im September in Bayern bei dem NATO-Manöver „Große Rochade" eingesetzt werden, dem größten Manöver dieser Art bisher überhaupt. Eine Reihe anderer Übungen werden sich anschließen. Und im Dezember werden die Stäbe der NATO unter der Leitung der amerikanischen Imperialisten die Übung „Hilex 75" durchführen.. Besonders diese Übung zeigt, daß das Gerede über „Frieden" und „Entspannung" nur tragische Illusionen schüren soll, während die beiden imperialistischen Supermächte, die russischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten in Wirklichkeit ihre Kriegsvorbereitungen beschleunigen und sich die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges zwischen diesen beiden größten internationalen Räubern täglich verschärft.

Worum geht es bei Hilex 75? Die amerikanischen Imperialisten sagen selbst ganz offen, daß in dieser Übung der 3. Weltkrieg geübt werden soll; daß der erste und entscheidende Schauplatz des militärischen Kampfes Europa sein wird und daß sie, die amerikanischen Imperialisten, davon ausgehen, daß die russischen Sozialimperialisten die Wirtschaftskrise in den westlichen kapitalistischen Ländern, deren Schwäche, erbarmungslos auszunutzen versuchen werden, um einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Und kurze Zeit nach dem Abschluß der Konferenz in Helsinki, auf der die beiden Supermächte hoch und heilig ihre Friedensbereitschaft beteuert haben, hat der amerikanische Präsident Ford seinen Moskauer Rivalen eine „ernste Warnung" zukommen lassen, in der er unverhohlen die Ansprüche der amerikanischen Imperialisten auf Portugal bekräftigt. Gleichzeitig kündigte er in einer Rede vor dem Senat in Washington an, daß die USA ihren Etat für die Entwicklung neuer Atomwaffen im nächsten Jahr um 2-3 Milliarden Dollar steigern werden und trat für eine allgemeine Verstärkung der Rüstung und die Beibehaltung der Geheimdienste ein. Noch in diesem Jahr wollen die amerikanischen Imperialisten darüber hinaus demonstrativ eine Reihe ihrer Flugzeugträger demonstrativ in die skandinavischen Gewässer schicken, um ihre „Entschlossenheit" zu betonen. Allein diese wenigen Tatsachen, gar nicht zu sprechen von der Verstärkung der amerikanischen Besatzungstruppen in unserem Land, zeugen, wenige Wochen nach Abschluß der Konferenz in Helsinki, davon, daß die Welt nicht sicherer geworden ist, sondern daß sich im Gegenteil die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges verschärft.

Die amerikanischen Imperialisten bereiten sich darauf vor, Krieg in Europa zu führen, einen Krieg um die Vorherrschaft in der Welt, nicht zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes, sondern, um die Freiheit und Unabhängigkeit zu erdrosseln.

Die modernen Revisionisten haben die Übung „Hilex 75" und die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Ford als „gegen die Entspannung gerichtete Torpedos" bezeichnet und versucht, die Annahme eines Überfalls der russischen Sozialimperialisten auf Westeuropa als völlig absurde Demagogie der amerikanischen Imperialisten hinzustellen, um zu vertuschen, daß die russischen Sozialimperialisten heute vor allem die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes bedrohen, daß sie aggressiv und raubgierig sind, darauf brennen, die Völker Westeuropas unter ihr Joch zu zwingen.

Es ist kein Zufall, daß das Sprachrohr der russischen Sozialimperialisten, TASS, geradezu hysterisch reagiert hat, als ein Londoner Institut eine Analyse der Stärke der russischen Flotte veröffentlichte, in der festgestellt wird, daß die Flotte der Neuen Zaren im Kreml weitaus stärker ist, als zu Verteidigungszwecken notwendig wäre. **Die russischen Sozialimperialisten möchten sich gerne als die reinsten Friedensengel hinstellen. Sie vergessen aber, daß die Völker ihre Wachsamkeit erhöht haben und hinter ihren Friedenstiraden immer besser die aggressive imperialistische Supermacht erkennen.**

In der Rede vor seinen Wählern am 3. Oktober in Tirana sagte Genosse Enver Hoxha über die beiden Supermächte: *„Niemand traut ihnen mehr, doch mit Gewalt und Demagogie zwingen sie sich den anderen Kapitalisten auf, die in den Netzen der beiden imperialistischen Supermächte verstrickt sind und sich aus diesem Joch kaum mehr befreien können, wenn sich nicht das Volk selbst erhebt."*

Und wenn wir am Roten Antikriegstag unter der Parole „Krieg dem imperialistischen Krieg!" demonstrieren, dann heißt das, daß wir uns darauf vorbereiten müssen, den imperialistischen Krieg mit dem revolutionären Krieg des Volkes zu beantworten, um unsere Freiheit und Unabhängigkeit in einem vereinten unabhängigen, sozialistischen Deutschland zu erkämpfen.

Kurz berichtet

MÜLHEIM

Vor rund vier Wochen wurde in Mühlheim die Rote Garde gegründet. Die Rotgardisten nahmen von Anfang an verschiedene Aktivitäten zur Vorbereitung des Roten Antikriegstages auf. So gingen sie mit Unterstützung der Partei in zwei Jugendheime, wo „Die Rote Garde" verkauft und mit den Jugendlichen diskutiert wurde. Außerdem betrieben sie mehrere Tage in der Woche in der Innenstadt Agitation und Propaganda und klebten ca. 100 Plakate, wobei auch gleich ein neuer Sympathisant mitmachte. Zweimal hat die Rote Garde Mülheim bereits zu einem Jugendtreff eingeladen.

GIESSEN

Am 21. 8. führte die KPD/ML, die Rote Garde und der Rote-Fahne-Freundeskreis sowie die Liga und der KSV eine Kundgebung gegen den Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die CSSR durch. Als Kundgebungsort war die Zentrale der D„K"P-Revisionisten in Gießen, ihr „Wissen und Fortschritt"-Buchladen gewählt worden. Dieser Buchladen liegt an einer Straßenkreuzung, über die der Feierabendverkehr von mehreren Gießener Betrieben läuft, so daß mit der Kundgebung sehr viele Kollegen erreicht wurden. Die Genossen trugen große Transparente mit sich und entlarvten in ihrer Rede insbesondere die Rolle der modernen Revisionisten. Die Revisionisten hatten in ihrem Laden eine größere Schlägerbande zusammengezogen und standen auch an den Straßenecken. Sie wagten aber nicht einzugreifen, weil sie genau wissen, wie groß die Empörung über die Aggression gegen die CSSR ist. Stattdessen knipsten sie aus dem Hinterhalt. Als der Hauptverkehrsstrom vorbei war, zogen die Genossen mit Fahnen und Transparenten weiter und hielten noch mehrere Kundgebungen in der Stadt ab. Dabei wurde ein gemeinsames Flugblatt und das Extrablatt des Roten Morgen zum Roten Antikriegstag 1975 verteilt.

WESTBERLIN

Am 15. 8. veranstaltete der KSV, die Studentenorganisation der GRF (KPD) eine Podiumsdiskussion, zu der auch Vertreter des KSB/ML eingeladen waren. Die Veranstaltung diente der Auseinandersetzung beider Organisationen über die Fragen des Kampfes gegen die wachsende Kriegsgefahr. Das lebhafte Interesse an dieser Auseinandersetzung und an den Positionen, die die KPD/ML dabei vertritt, zeigte sich auch daran, daß von den etwa 50 teilnehmenden Genossen, 38 Rote Morgen mit der Beilage: „Wie muß der Kampf gegen die Supermächte geführt werden" gekauft wurden. Die Veranstaltung wurde mit dem Gesang der Internationale abgeschlossen.

DORTMUND

Zur Vorbereitung des Jugendkongresses und des Roten Antikriegstages fand in Dortmund ein Treff der Roten Garde statt. Vor ca. 20 Freunden und Genossen der Roten Garde hielt eine Genossin der Jugendorganisation unserer Partei ein Referat, in dem die Bedeutung der Rolle der Jugend im Kampf gegen den imperialistischen Krieg erläutert und betont wurde. An die eingekerkerten Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972 und an den Genossen Sascha Haschemi wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet. Die Sammlung zur Finanzierung des Jugendkongresses erbrachte 46,50 DM.

Die Mauer muss weg!

Anläßlich des Mauerbaus am 13. August 1961 in Berlin ließen wir in diesem Jahr am 14.-17. August Luftballons mit Flugblättern von Westberlin aus über die Mauer steigen. Insgesamt starteten wir ca. 70 Ballons, wovon jeder 12 Flugblätter in sich trug. Wir paßten günstigen Wind ab, so daß die mit Heliumgas gefüllten Ballons über Wohngebiete in Ostberlin schwebten. Auf den Flugblättern war ein Gedicht gegen die modernen Revisionisten der „S"ED gedruckt und in einem Brief wurde die Partei der Bevölkerung der DDR vorgestellt.

Nun kurz ein Erlebnis hier aus der Bernauerstraße. Ich ging auf einen Hochstand, wie sie hier in Westberlin entlang der Mauer aufgestellt sind für Touristen usw. während unten ein anderer Genosse ein Bündel Ballons steigen ließ. Hinter der Mauer stand ein Vopo, gelangweilt mit verschränkten Armen. Plötzlich stand er wie eine Salzsäule und starrte nach oben, als er die Ballons über die Mauer kommen sah. Wie von der Tarantel gestochen rannte er dann los zur nächsten Telefonsäule. Es ist dort eine Straßenbahnendstation und es waren sehr viel Leute auf der Straße, sie sahen die Ballons, sie sahen die Panik der Vopos, ihre Angst vor diesen Flugblättern. Nach etwa 5 Minuten kamen hier auf Westberliner Seite Polizisten und suchten offensichtlich nach etwas. Wir zogen uns zurück und beobachteten das Ganze aus einiger Entfernung. Plötzlich kamen zwei vollbesetzte französische Militärfahrzeuge angerast, hielten vor dem Hochstand, die Besatzung sprang aus dem Wagen, ein Teil stieg auf den Hochstand offensichtlich auf der Suche nach den Luftballons, und denen, die sie gestartet hatten. Doch sie sahen weder das Eine noch das Andere. (Die Bernauerstr. gehört zum französischen Sektor). Wenn einige Flugblätter in Ostberlin in die richtigen Hände gelangen, so ist das ein Erfolg und ein Anfang, der uns anspornen muß, den Kampf für den gewaltsamen Sturz der sozialfaschistischen Machthaber in Moskau und ihrem Vasallenregime in der DDR voranzutreiben und tatkräftig zu unterstützen auf dem Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Die Ballons mit den Flugblättern der Partei fliegen über die Mauer.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

D'K'P zur Lohnrunde

Verrat mit linken Phrasen

Angesichts der kommenden Tarifverhandlungen veröffentlichte die D„K"P vor kurzem einen Artikel mit dem Titel „Jetzt Reallohnerhöhungen statt Pakt und Lohnpause", in der UZ. Dieser Artikel beweist erneut, wie die modernen Revisionisten auch im Tageskampf im Auftrag des westdeutschen Imperialismus und im Auftrag der russischen Sozialimperialisten als Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse arbeiten.

Mit wortradikalem Getöse „Reallöhne müssen steigen", „Kaufkraft hat Vorrang", versuchen sie die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruchs zu vertuschen. Sie behaupten, daß die Stärkung der Massenkaufkraft Arbeitsplätze sichern und neue schaffen würde. Im Grunde hätten nicht nur die Arbeiter ein Interesse an Lohnerhöhungen, sondern auch die Kapitalisten, weil durch die Erhöhung der Kaufkraft die Nachfrage steigen würde und damit Halden abgebaut würden. Nur die Kapitalisten hätten das noch nicht erkannt, man müsse sie im Lohnkampf dazu zwingen, bis sie einsichtig werden. Diese Demagogie hat den Zweck, zu verhindern, daß die Arbeiter die Ursache der Krise im Kapitalismus, ihre Gesetzmäßigkeit und Unvermeidlichkeit und die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse erkennen. So hoffen sie Illusionen über einen krisenfreien Kapitalismus zu erzeugen und wollen verhindern, daß die Arbeiterklasse sich im revolutionären Kampf für ihre Forderungen einsetzt.

Natürlich beschwören die modernen Revisionisten die „Einheit" der Arbeiterklasse, in der Gewerkschaft, meinen aber in Wirklichkeit die Stärkung des schändlichen Einflusses des imperialistischen Gewerkschaftsapparates in der Arbeiterklasse. „Hier gilt es vor allem den Betriebsräten den Rücken zu stärken und in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften alle Manipulationen und Angriffe auf die bisherigen Löhne abzuwehren", schreiben sie. Das ist ein Hohn, denn die Manipulationen, die bisherigen Lohnraubabschlüsse sind gerade von dem Gewerkschaftsapparat selbst durchgesetzt worden. Vetter hat bereits zu dieser Lohnrunde empfohlen allerhöchstens den Ausgleich für die Teuerungsrate zu gewähren und sich gegen Reallohnsteigerungen ausgesprochen, weil dadurch angeblich Arbeitsplätze geschaffen würden.

Gleichzeitig nutzen die modernen Revisionisten der D„K"P die Krise auch aus, um eine massive Propaganda für den russischen Sozialimperialismus zu entfalten. In dem Artikel zur Lohnrunde schreiben sie: „In dieser Situation (der Krise, der Arbeitslosigkeit usw. – RM) erweist allein der Osthandel seine stabilisierende Wirkung." „Stabilisierungsfaktor Osthandel", wie sie sagen. In den Betrieben Mannesmann Huckingen sowie in anderen Betrieben haben die modernen Revisionisten der D„K"P eine massive Propaganda unter der Parole „Ostverträge sichern Arbeitsplätze" entfaltet. Was bezwecken sie mit dieser Demagogie? Einerseits hat sie den Zweck, den wirtschaftlichen Einfluß Moskaus zu stärken, der natürlich als politisches Druckmittel benutzt wird, gleichzeitig soll mit solcher Demagogie der sozialimperialistische Charakter, die kriegerischen Absichten der russischen Sozialimperialisten verschleiert werden. **Moskau als Garant für sichere Arbeitsplätze, das sollen die Arbeiter glauben, denn so soll ihre Wachsamkeit gegenüber den Kriegsvorbereitungen der Supermächte, besonders des russischen Sozialimperialismus, eingeschläfert werden.**

Was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn sie sich in ihren Kämpfen auf die D„K"P und den Gewerkschaftsapparat stützen, das beweist gerade das Beispiel der Zementarbeiter aus Erwitte. Diesen Kampf führt die D„K"P als Beispiel an, „daß man in der Krise kämpfen kann, ja, daß man kämpfen muß". Hier zeigt sich aber praktisch wie die modernen Revisionisten der D„K"P als Agenten der Bourgeoisie arbeiten.

Wochenlang haben die Arbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze gestreikt, den Betrieb besetzt, sie haben mutig und militant gekämpft. Der Kampf hätte auch zum Erfolg geführt, wenn der Gewerkschaftsapparat nicht seinen Einfluß mit Unterstützung der D„K"P hätte ausüben können. Systematisch hat der Gewerkschaftsapparat von Anfang an versucht, den Kampf unter seinen Einfluß zu bekommen. Indem sie sich als große Kämpfer aufspielten, gelang es den Gewerkschaftsführern, sich an die Spitze zu stellen. Dabei nutzten sie natürlich mangelnde Erfahrungen und Unklarheiten bei den Arbeitern aus. Ständig haben sie Vertrauen in die kapitalistischen Gesetze und in die Arbeitsgerichte gesät, so daß es ihnen gelang, die Arbeiter dazu zu bringen, nach der ersten Gerichtsverhandlung die Besetzung aufzugeben. Später haben sie es geschafft, daß auch der anschließende Streik aufgehoben wurde und die Arbeiter sich sogar arbeitslos gemeldet haben und sich jetzt mit den Gerichten herumschlagen können. Heute stehen die Kollegen da, ohne Arbeit, der Betrieb geschlossen und haben wochenlang weder Arbeitslosenunterstützung noch Lohn bekommen, außer einem Notgeld.

Das ist das Ergebnis des Kampfes des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P. Allein dies Beispiel zeigt, daß sich die Arbeiterklasse in keinem Fall auf die modernen Revisionisten und den Gewerkschaftsapparat in ihren Kämpfen stützen kann, sondern gegen sie einen unerbittlichen Kampf führen muß. Wenn die Arbeiterklasse sich auf revolutionärer Grundlage gegen die modernen Revisionisten und den Gewerkschaftsapparat zusammenschließt, wird sie erfolgreich kämpfen.

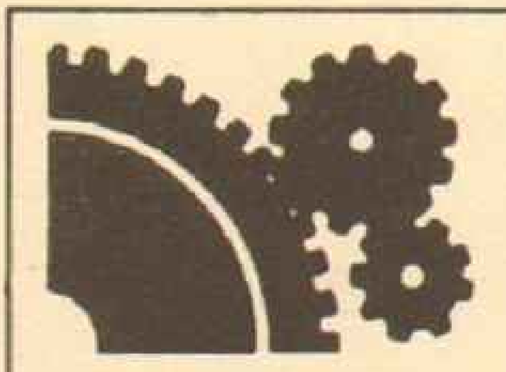
VW-Werke

Trotz Sonderschichten noch mehr Massenentlassungen

Massenentlassungen bei VW, so hieß bis vor kurzem die Schlagzeile in der Presse, das Hauptthema in den politischen Magazinen, bei Rundfunk und Fernsehen. Jetzt macht VW wiederum Schlagzeilen: Bis Jahresende sollen nun nach den Massenentlassungen wiederum 14 Sonderschichten in den Werken Wolfsburg und Emden gefahren werden.

Während in den Zeitungen die Sonderschichten demagogisch als Zeichen eines Aufschwungs gewertet werden, stellt sich für die Kollegen vor allem die Frage, warum die dann erst so viele entlassen haben. Denn der VW-Vorstand selbst begründet die Sonderschichten unter anderem damit, daß durch die Entlassungen ein Produktionsrückstand entstanden sei. Und warum stellen sie die entlassenen Kollegen dann nicht wieder ein, zumal wenn der Absatz an „Golf", „Polo", „Audi 50" und „Passat" wieder gestiegen ist? Aus dem Grund, da die Entlassungen nicht in erster Linie durchgeführt wurden, weil die angeblichen Aufträge zurückgegangen waren, sondern weil die VW-Kapitalisten durch scharfe Rationalisierung ihren Profit erhöhen wollen. Denn wenn weniger Arbeiter jetzt die gleiche Arbeit tun, ja sogar Sonderschichten fahren, senken sich für die VW-Kapitalisten die Lohnkosten erheblich, ihr Profit steigt. Und genau diesen Weg wird VW, nicht anders als die anderen Monopole, rücksichtslos weitergehen, um die Profitrate zu stützen: Trotz der 14 Sonderschichten werden die langfristigen Pläne für weitere Massenentlassungen bei VW durchgeführt werden.

Es ist das gleiche, wie auch schon bei Opel und anderen Betrieben: Massenentlassungen auf der einen Seite, für zehntausende Kollegen eine einschneidende Senkung ihres bisherigen Lebensstandards, für viele die Frage, wie sie ihre Familien durchbringen sollen. Auf der anderen Seite Mehrarbeit, verstärkte Arbeitshetze, Lohnsenkung in den kommenden Tarifabschlüssen für die Kollegen, die nicht entlassen worden sind. Verelendung der Arbeiterklasse, Steigerung des Profits der Kapitalisten – das ist ein Gesetz des Kapitalismus, das die Arbeiterklasse nur durchbrechen kann, wenn sich die arbeitslosen Kollegen wie die Kollegen, die jetzt für zwei schuften müssen, zusammenschließen, um den Kapitalismus zu stürzen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Kurzarbeit - aber kein Geld vom Arbeitsamt

Die Belegschaft der Diamalt AG ist auf dem Nahrungsmittelsektor beschäftigt. Dieses Unternehmen ist vor allem in Süddeutschland mit mehreren Kleinbetrieben zu Hause. Einigermaßen bekannte Produkte sind das „Soft-Eis" und Süßigkeiten.

Im Zweigwerk München-Allach ist seit August von der hiesigen Geschäftsleitung eine ganz besondere Art der Verschärfung der Ausbeutung in Gang gesetzt worden. Betroffen ist vorläufig die „Cystin-Abteilung". In dieser Abteilung wurden von jeher fast ausschließlich ausländische Arbeiter beschäftigt, mit einem Lohn, der heute zwischen 6,50 DM und 8 DM liegt. Da sie in ihrer Heimat – wenn sie überhaupt Arbeit bekommen hätten – noch einen mieseren Lohn hatten, fallen die meisten am Anfang darauf herein. Da sie einerseits mit dem bißchen Geld ihre Familien in der Heimat wenig unterstützen können, also mehr Geld verdienen müssen und wollen, auf der anderen Seite aber zum Teil eingeschüchtert, zum Teil unerfahren sind, wie gemeinsam der Kampf um mehr Lohn zu führen ist, fallen viele auf einen weiteren Trick der Geschäftsleitung herein. Sie bietet ihnen Überstunden an. Dabei stellt sie es so hin, als hätte sie kein Interesse daran. Die Kollegen sind zum Teil dankbar, daß sie Gelegenheit haben, mehr Geld zu verdienen und so zum großen Teil damit einverstanden.

So kommt es, daß von der „Cystin-Abteilung" zwei Schichten gefahren werden: von 6 bis 6, 12 Stunden am Tag, 60 Stunden in der Woche! Viele Kollegen klagen über die lange Arbeitszeit.

Jetzt plötzlich läuft das Geschäft nicht mehr so und deshalb soll kurzgearbeitet werden. Durch die verschärfte Konkurrenz auf dem Markt gezwungen, will die Geschäftsleitung die Produktionskosten des Cystins auf Kosten der Arbeiterlöhne senken. Jetzt können die Kollegen nur noch an vier Tagen 12 Stunden arbeiten und verlieren rund 300 DM im Monat. Das Arbeitsamt zahlt keinen Pfennig, denn für die Behörde ist es keine Kurzarbeit. Kurzarbeitsgeld gibt es erst, wenn in der Woche durchschnittlich weniger als 40 Stunden gearbeitet wird. Und das ist bei meinen Kollegen nicht der Fall. Auf diese Art und Weise bestiehlt die Firma die Kollegen monatlich um insgesamt 10000 DM an Löhnen, spart den einen Produktionstag Energie, Material- und Wartungskosten und produziert genauso viel wie ehedem. Obwohl die Geschäftsleitung beteuert, daß die Produktion von Cystin erheblich heruntergehe, glaubt doch ein großer Teil der Kollegen, daß sie nun an vier Tagen genauso viel produzieren sollen, wie vorher an 5 Tagen.

Rot Front! Ein Genosse aus München

Kampferfolg bei HDW Kiel

Vor einigen Wochen rutschte auf HDW in Kiel der Zerstörer V im Trokkendock von den Pallhölzern. Es entstand ein Schaden von mehreren Millionen DM. Kein Mensch durfte an Bord. Alles wurde abgeriegelt, fast zwei Wochen lang suchte man nach den Schuldigen. Die Stunde des MAD hatte geschlagen. Wie üblich, schob einer der Herren die Schuld auf den anderen.

Für die Kollegen hieß das zum Teil, daß sie, solange auf Z 5 nicht gearbeitet wurde, ihre Überstunden gestrichen waren. Als nach einiger Zeit die Arbeit auf dem Schiff wieder beginnen sollte, sollte die verlorene Zeit (2 Wochen) natürlich unbedingt wieder aufgeholt werden. Da dies nicht ganz möglich war, mußte die verlängerte Liegezeit auf jeden Fall sehr kurz gehalten werden. Dementsprechend wurden dann auch noch mehr Kollegen als sonst an Bord gejagt, um den Termin möglichst doch einzuhalten.

Durch das Kippen des Schiffes waren viele Risse im Boden, einzelne Spanten hatten sich verzogen, die Ruderanlage war aus den Fundamenten gerissen. So fielen dann auch viele Brennarbeiten an. Vor allem an der Außenhaut und im Doppelboden mußte gebrannt werden. Durch die vielen Brenn- und Schweißarbeiten entwickelte sich eine Menge giftiger Dämpfe. Zum einen war der Boden mit Zinkfarbe gestrichen, weiterhin waren überall 4 bis 5 Anstriche übereinander. Schließlich war innen noch alles voll von Bilgewasser und Ölresten.

Jeder, der schon einmal eine Schiffsmaschine von innen gesehen hat, kann sich also lebhaft vorstellen, wie das gestunken, gequalmt und gegiftet hat, wenn dies alles beim Brennen verbrannt wurde.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn bald einige Brenner über Übelkeit klagten. Selbst nachdem Schutzmasken ausgegeben wurden, fiel einer der Brenner wegen der schlechten Luft in Ohnmacht.

Andere Kollegen, die mit ähnlichen Arbeiten an Bord beschäftigt waren, klagten andern Tags über Anzeichen leichter Zinkvergiftung. Hier zeigt sich deutlich, daß die Kapitalisten an den Arbeitern nur ihre Arbeitskraft interessiert, die Gesundheit der Arbeiter ist ihnen gleichgültig, so lange sie insgesamt so viele Arbeitskräfte zur Verfügung haben, daß sie eine schlechte „Ware" gegen die andere, bessere „Ware" eintauschen können.

Entsprechend der kapitalistischen Profitgier bekamen dann auch nur die Brenner, nicht aber alle in der Nähe der Brenner arbeitenden Kollegen eine Schutzmaske. Vor allem Elektriker, Kesselschmiede und Maschinenschlosser waren gezwungen, in dieser giftigen Atmosphäre zu arbeiten. Schließlich sollte ja der Termin für die Werft eingehalten werden.

Als die Kollegen auf die schlechte Luft hinwiesen, die Vergiftungsgefahr nachwiesen, waren die Vorgesetzten natürlich nicht zu sprechen oder waren einfach nicht zuständig oder interessierten sich eben ganz einfach nicht für die Probleme der Arbeiter. Auch die überall „gelobten" Männer vom Unfallschutz trieben sich herum, aber nicht da, wo gearbeitet wurde, denn auch sie waren nicht zu erreichen.

Aber mit einem Mal war alles anders, die Kollegen gingen nicht mehr in den stinkigen Kesselraum, sondern versammelten sich an der Reling an der frischen Luft. Das sah sehr verdächtig nach einem Streik aus. Bis in die höchsten Stellen wurde jetzt alles eingeschaltet.

Jetzt plötzlich, wo es nach einem „Arbeitskampf" aussah, wurden die Herren nervös. So kam dann auch der Sicherheitsbeauftragte, ein Betriebsrat und andere. Sicherlich hat den Kohl noch mit fettgemacht, daß der Rote Betriebsrat Detlef G., der in der Kesselschmiede beschäftigt ist, im Betriebsratsbüro Bescheid gesagt, hat, daß wenn da nichts zum Schutz der Kollegen unternommen wird, die Kollegen nicht ihre Gesundheit riskieren würden.

Einmütig stellten die Herren denn auch plötzlich fest, daß in so einer Luft kein Mensch arbeiten kann. Es brauchte aber dennoch recht lange, bis sich die Antreiber im Klaren waren, wie das Problem aus der Welt zu schaffen sei. Das Ende vom Lied war, die Belüftung wurde verbessert, die Ausfallzeiten wurden bezahlt.

Nur alleiñ dadurch, daß die Kollegen hartnäckig und einig auf ihren Forderungen bestanden, unter solchen Bedingungen auch die Arbeit verweigerten, war es möglich, daß etwas durchgesetzt wurde.

Revisionistisches

DDR VERSCHÄRFT UNTERDRÜCKUNG

Die wachsende Kriminalität in der DDR wird von der revisionistischen Honeckerclique als Vorwand benutzt, um die sozialfaschistische Unterdrückung des Volkes noch mehr zu verschärfen.

Tatsächlich haben die Verbrechen aller Art in der DDR zugenommen. Mord, Diebstahl, Vergewaltigungen, Bestechungen, Alkoholismus usw. gehören in der DDR in steigendem Maße zur Tagesordnung, seitdem der Nährboden der Kriminalität wieder fruchtbar, die DDR von der revisionistischen Ulbricht- und Honeckerclique wieder in ein kapitalistisches Land verwandelt worden ist. Denn diese Umwandlung bildet die ökonomische und politische Basis der Kriminalität . Die größten Verbrecher, Banditen und Betrüger stehen an der Spitze dieses Staates, eine neue Ausbeuterklasse – wie ist es da verwunderlich, daß immer mehr Menschen diesen „Vorbildern" und ihren verkommenen Idealen nacheifern, zumal sie in der vollständig wiederhergestellten kapitalistischen Ordnung ein günstiges Betätigungsfeld finden?

Die neue Bourgeoisie in der DDR, die revisionistische Honeckerclique, aber ist frech genug , die Ursachen unter der „grassierenden Bereicherungssucht" der Bevölkerung zu suchen und den Eltern vorzuwerfen, sie seien schlechte Vorbilder für die Jugendlichen . Nicht anders als bei uns in Westdeutschland, wo die Bourgeoisie tönt, gegen die wachsenden Verbrechen vorzugehen, in Wahrheit aber nur die Unterdrückungsorgane gegen das Volk stärkt, während das Verbrechen immer weiter aufblüht, so macht das auch die revisionistische Honeckerclique: Unter dem Vorwand, der Kriminalität auf den Leib zu rücken, verstärkt sie in Wahrheit ihre sozialfaschistische Diktatur.

Denn gerade angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten, der immer schärferen Antreibung und Arbeitshetze für die Profite der Moskauer Kremlzaren, bereitet sich auch die revisionistische Honnecker-Clique auf schärfere Klassenkämpfe vor und trifft Maßnahmen, um den kommenden Ansturm des Proletariats gewaltsam unterdrükken zu können.

Eine dieser Maßnahmen ist die kürzlich erlassene sogenannte „Gefährdetenverordnung". Danach können Leute, die angeblich Gefahr laufen, kriminell zu werden, fast vollständig der staatlichen Kontrolle unterworfen und durch zahlreiche Auflagen persönlich stark eingeschränkt werden. Diese Auflagen erstrecken sich von der Zwangszuweisung eines bestimmten Arbeitsplatzes über die Einweisung in einen Wohnraum, der nicht gewechselt werden darf, einer regelmäßigen Meldefrist bei Polizeiorganen, bis hin zu dem Verbot mit bestimmten Personen Kontakt aufzunehmen und bestimmte Lokale zu besuchen. Typisch für den Charakter dieser Verordnung ist, daß der Betroffene gegen die Aufnahme in die „Kriminellenliste" kein Beschwerderecht hat. Danach also kann jeder Werktätige der DDR, der sich gegen die Maßnahmen der neuen Bourgeoisie und ihrer revisionistischen Partei wendet, sich gegen die sozialfaschistische Diktatur äußert, einfach als „Krimineller" bezeichnet und somit auf die Liste gesetzt und allseitiger staatlicher Kontrolle der Sozialfaschisten ausgesetzt werden. Am Arbeitsplatz wird er dann besonders vom Betriebsleiter, sowie von den Denunzianten der revisionistischen Parteileitungen kontrolliert werden, in der Freizeit wird er besonders von Polizei, sogenannten freiwilligen Polizeihelfern, Bonzen und Denunzianten der Gewerkschaft und von den sogenannten „Vertrauensleuten der Mietergemeinschaft", die Hitlers Blockwarten gleichkommen, ständig überwacht.

Um diese Pläne durchführen zu können, hat die Honeckerclique jetzt mobil gemacht. Ein Heer von sozialfaschistischen Kontrolleuren wurde aufgeboten: neben der „Volkspolizei" (rund 100000 Mann) und dem „aktiven Betriebsschutz" (15000) sind es vor allem die 130000 „freiwilligen Polizeihelfer" und die 150000 Angehörigen der der SED direkt unterstehenden „Arbeiter- und Bauern-Inspektion", die zusammen mit Gewerkschaft und Jugendverbänden ein dichtes Kontrollnetz knüpfen sollen.

Diese Maßnahmen zeigen deutlich, daß die revisionistische Honeckerclique in Wahrheit nicht die wachsende Kriminalität, sondern das Volk fürchtet, das sich eines Tages gewiß erheben wird, um dieses sozialfaschistische Verbrecherregime hinwegzufegen und die Diktatur des Proletariats erneut zu errichten.

PVC - Produktion bei Dynamit - Nobel

Lebensgefahr für die Arbeiter- Profit für die Kapitalisten

In der Bundesrepublik werden jährlich ca. 1. Mill. t. PVC produziert. Sei es „Hostalit" (Farbwerke Hoechst), „Ninoflex" (BASF), „Vestolit" (Chemische Werke Hüls), „Vinol" (Wacker-Chemie) oder eben „PVC" bei Dynamit Nobel.

In großen und abgeschlossenen Druck- und Reaktionsbehältern wird aus Erdöl gewonnenenes Vinylchlorid (VC) mit Wasser bei einer Temperatur von ca. 60 Grad C. in PVC verwandelt. Das PVC-Granulat wird anschließend trockengeschleudert. Lebensgefährlich ist dabei das VC, das an verschiedenen Stellen unkontrolliert austreten kann: durch Undichtigkeiten an den Autoklaven (Druckbehältern), beim Ablassen und Öffnen der Autoklaven, beim Trocknungsprozeß des PVC und beim Reinigen der Autoklaven. Das mußte bei Dynamit Nobel bis 1973 im Gegensatz zu anderen Firmen völlig von Hand und ohne jegliche Schutzkleidung gemacht werden!

VC ist nach bürgerlichen Angaben schädlich, wenn der MAK-Wert höher als 100 ppm ist. (MAK = Maximale Arbeitsplatzkonzentration, bezogen auf 8 Stunden Arbeit unter diesen Bedingungen. 100 ppm = 100 parts per million = 100 Teile VC auf 1 Mill. Teile Luft.) Jahrelang jedoch war (und ist auch immer noch) das Gas bei Dynamit Nobel in den Hallen zu riechen. Dazu muß die Konzentration jedoch mindestens 25000 ppm (Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG) erreichen. Häufig trat bei den Kollegen Schwindelgefühl, Unwohlsein, Brennen an Handflächen und Fußsohlen auf. Dazu müssen 12000 bis 25000 (DFG) erreicht sein. Einige Kollegen wurden beim Reinigen in den Autoklaven ohnmächtig, was erst bei einem Wert von 70000 ppm (DFG) möglich ist.

Seit 1953 wird bei Dynamit Nobel in den Hallen 520 und 528 PVC produziert, nachdem man seit 1948 mit Versuchsreihen die Produktion vorbereitet hatte. Die Kollegen müssen, da 50% der gesamten Produktion bei Dynamit Nobel von Roh-PVC abhängig ist, in 4 Schichten und mit Überstunden arbeiten. Als mit der Produktion begonnen wurde, sagte man den Arbeitern jahrelang nichts von der Gefährlichkeit des VC-Gases. Man warnte sie allein vor der Gefahr einer Explosion eines VC-Luftgemisches (bei 3% bis 30% laut Sicherheitsvorschrift A/G 8.o vom Januar 1974).

Wie unmöglich die Arbeitsbedingungen der Kollegen und auch für die Anwohner sind, mag folgendes veranschaulichen: In den „Arbeitsschutzgeboten A/G 8.1 – Jan. 74" heißt es unter „VC-Lager", Punkt 3: „Bei notwendigen Entgasungen von Leitungen, Behältern usw. muß das ausströmende Gas ins Freie geleitet werden, da die Absaugventilatoren der Kelleranlage diese Mengen nicht schaffen. (Mengenbegrenzung)." So kommt es, daß in den USA jährlich z. B. 100000 Tonnen VC-Gas in die Atmosphäre entweichen (Spiegel 27/74). 1968 beschwerten sich die Anwohner in Troisdorf erstmals über unzumutbare Geruchs- (!) und Lärmbelästigungen. Daraufhin wurden die Fenster der Hallen 520 und 528 dichtgemauert. Von nun arbeiteten die Kollegen in den reinsten Gaskammern.

Die Produktion wird hauptsächlich von ausländischen Arbeitern getragen. Für diese hält Dynamit Nobel den Lohn in Form von Mieten zurück. Aber das ist nicht alles! Falls einmal zu viel VC in die Luft entweicht, ist es so wesentlich leichter, ein Schließen der Fenster usw. anzuordnen, ohne daß dies gleich in die breite Öffentlichkeit gelangt.

Da auch Dynamit Nobel den kapitalistischen Konkurrenzgesetzen unterworfen ist, stieg die Arbeitshetze ständig. In denselben Hallen mit denselben Produktionsanlagen wurden 1966 mit 240 Kollegen 37500 t PVC, 1973 mit 120 Kollegen 52000 t hergestellt. Die veralteten Anlagen waren bald dieser übermäßigen Belastung nicht mehr gewachsen. So platzte am 30. 10. 1973 z. B. ein Schauglas eines Druckkessels und verletzte 3 Arbeiter, einen davon schwer.

Die ständig steigende Arbeitshetze, die unzumutbaren Arbeitsbedingungen waren vor einigen Wochen auch mit ausschlaggebend für den Streik türkischer Kollegen. Daß Dynamit Nobel die türkischen Kollegen abschiebt, zeigt, zu welch massiven und brutalen Maßnahmen die Dynamit-Nobel-Kapitalisten und ihr Staatsapparat greifen müssen, um die Kollegen einzuschüchtern, ihre Kampfkraft zu brechen. In der Vergangenheit hatten die Kollegen zumindest u. a. erreicht, daß neue Meßwarten eingerichtet wurden. Am Anfang gab es nur eine. Die neuen zeigen jedoch nur Werte von 200 bis 500 ppm an. Häufig kann man aber noch das Gas in den Hallen riechen. Daran haben auch die paar Ventilatoren nichts geändert, die in letzter Zeit eingebaut worden waren. So ist es auch ein schlechter Witz, wenn in den „Arbeitsschutzgeboten A/G8.2-Jan. 74" unter Punkt 6 zu lesen steht: „Außerhalb des Behälters ist eine Warnglocke anzubringen, die bei Gefahr durch ziehen am Seil vom Behälterturm aus betätigt werden kann." Was nützt das einem Kollegen, der infolge der zu hohen Gas-Konzentration im Behälter beim Säubern ohnmächtigt wurde?

Was hat es nun auf sich mit der Schädlichkeit des VC, mit den Folgen, wenn der MAK-Wert ständig die 100 ppm-Grenze überschreitet und die Kollegen jahrelang das giftige Gas einatmen?

Bis zum Jahre 1973 waren über 50 Kollegen an der unheilbaren VC-Krankheit erkrankt und mehrere daran gestorben. Von der Krankheit werden die Haut, Knochen, die Blutgefäße und das Blut, Leber, Milz, die Lungen, Augen und die Nerven befallen. Die Organe zerfallen einfach (um es ganz einfach auszudrücken) und die VC-Krankheit macht die Kollegen zeitlebens zu Krüppeln.

Als diese Sachverhalte in den letzten Jahren zunehmend an die Öffentlichkeit drangen, versuchten natürlich die Kapitalisten alles mögliche, die Tatsachen zu vertuschen. So wurden Untersuchungskommissionen von Dynamit Nobel und der Regierung eingerichtet, die jetzt jahrelang „untersuchen" werden. Der erste und zweite Betriebsratsvorsitzende Josten und Klaas stellten sich – wie die gesamte Gewerkschaft – schützend vor die Flick-Kapitalisten. Sie bestätigten gegenüber der Presse, daß „an einen Produktionsstop nicht zu denken ist; da hängt doch alles dran." Daß die Gewerkschaft und der Betriebsrat als Institution nicht auf unserer Seite stehen, sondern ein Instrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse sind, bestätigt sich hier aufs Neue.

Am Übelsten aber trieb es die revisionistische D„K"P. Sie gab sich scheinbar radikal, indem sie die Flick-Kapitalisten als individuelle Mörder angriff, gegen die man vorgehen müsse, und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Bonn wegen „Verdacht auf Totschlag, bzw. Mord, fahrlässige Tötung usw." Tatsächlich aber verharmloste sie durch ihr scheinbar radikales Auftreten die Tatsachen. Ihre Kampagne zielte darauf ab, Flick als einzelnen Mörder unter den Kapitalisten hinzustellen, als Auswuchs, und davon abzulenken, daß es nicht dieser oder jener Kapitalist ist, der für seinen Profit Arbeitermord begeht, sondern daß die gesamte Bourgeoisie nur auf Kosten der Lebensbedingungen, der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter ihre Macht und ihren Reichtum sich aneignen kann. **Deshalb ist Dynamit Nobel auch keine Ausnahme, sondern nur ein besonders übles Beispiel für die Regel, denn alle zwei Stunden muß eine Kollege bei der Arbeit sein Leben lassen, weil das Gesetz der Profitsteigerung im Kapitalismus eine entsprechende Arbeitsweise diktiert. Deshalb wird auch nicht der Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten den Arbeitermord in den Betrieben verhindern oder gar beseitigen, sondern nur der Sturz des Kapitalismus selbst.**

Die bisherigen Veränderungen bei Dynamit Nobel zeigen das deutlich. Als „Sicherheitsmaßnahme" wurden im letzten Jahr ganze fünf (!) Gasmasken angeschafft. Im übrigen aber besteht die Sorge der Flick-Kapitalisten allein darin, sich selbst abzusichern, damit sie ungehindert ihre mörderische Produktion für ihren Profit fortsetzen können: **So mußten die Kollegen unterschreiben, daß sie bei ihrer Einstellung über die Gefahren des VC-Gases unterrichtet worden seien. Das, nachdem sie teilweise schon über zehn Jahre in der Abteilung gearbeitet und ihre Gesundheit ruiniert haben. In Wahrheit aber dient diese Unterschrift, die unter der Androhung der Entlassung erpreßt wurde, lediglich dem Zweck, daß die Flick-Kapitalisten sich jederzeit rechtfertigen können: „Wir haben die Arbeiter ja gewarnt".**

Mit ihrer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Mord usw. aber erweckten die D„K"P-Revisionisten zugleich die Illusion, daß man den kapitalistischen Staatsapparat selbst in Anspruch nehmen könne, um gegen den Arbeitermord vorzugehen. Aber es ist gerade dieser Staatsapparat, der den täglichen Arbeitermord sanktioniert, der zum Beispiel die türkischen Kollegen, die vor kurzem bei Dynamit Nobel gegen die Arbeitsbedingungen und gegen Entlassungen streikten, kurzerhand verhaftete und in die Türkei abschob. Dieser Staatsapparat selbst ist es, der im großen Maßstab den Arbeitermord vorbereitet, wenn er seine Armee Betriebsbesetzungen und brutale Niederschlagungen von Streiks und Aufständen des Proletariats in Manövern proben läßt. Es gibt eben keine „neutrale" Justiz, keinen „neutralen" Staatsapparat, sondern Staatsapparat wie bürgerliche Klassenjustiz sind Instrumente des Kapitals zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die Anzeige wegen Mordes bei der Staatsanwaltschaft durch die D„K"P heißt daher im Grunde nichts anderes, als daß der Dieb sich selbst die Handschellen anlegen soll. Es ist eine Kampagne, die die Arbeiter mit Illusionen verwirren und im Kampf falsch orientieren will.

Die Vorgänge bei Dynamit Nobel zeigen in aller Deutlichkeit, daß es für die Kollegen bei Dynamit Nobel wie für die gesamte Arbeiterklasse letztlich nur den einen Weg geben kann, den mörderischen Arbeitsbedingungen ein Ende zu setzen: das Kapital samt seinem Staatsapparat zu stürzen und den Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten. Dazu ist es eben notwendig, den Kampf um Tagesforderungen, um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Gesundheitswesens usw. mit dem Kampf zum Sturz dieses Systems zu verbinden, immer mehr Kollegen dafür zu gewinnen.



Die Hand eines an der PVC-Krankheit erkrankten Arbeiters – rechts die eines gesunden.

Vom Aufbau des Sozialismus

GESUNDHEITSSTATIONEN IN STÄDTEN NORDCHINAS

In den Wohnblöcken der Stadt Dschangdjiakou in Nordchina wurden Gesundheitsstationen der Massen errichtet. In diesen Stationen arbeiten Hausfrauen für die Vorbeugung von Krankheiten, für die Familienplanung und für den Schutz von Mutter und Kind und helfen, Hygienebewegungen der Massen zu organisieren. Jede Gesundheitsstation steht in enger Verbindung mit einem in der Nähe liegenden Krankenhaus, das ein oder zwei Ärzte in diese Station sendet. Außerdem wurden Hausfrauen und junge Arbeiter der Straßenfabriken zu Barfußärzten ausgebildet. Nach einem Jahr Studium und Praxis können sie einige häufig vorkommende Krankheiten und Infektionskrankheiten behandeln. Darüber hinaus nehmen pensionierte Ärzte und Pfleger an der Arbeit der Station teil.

Die Stationen impfen regelmäßig Kinder unter 12 Jahren, um Krankheiten vorzubeugen und behandeln planmäßig Patienten mit chronischen Krankheiten. Mit Hilfe der Gesundheitsstationen wurde das Prinzip „Vorbeugung ist die Hauptsache" besser durchgeführt und Infektionskrankheiten werden rechtzeitig behandelt. Sobald eine Infektionskrankheit gemeldet wird, schickt die Station ihren Barfußarzt oder liefert den Kranken in ein Krankenhaus ein, desinfiziert das Infektionszentrum und gibt Medikamente an diejenigen aus, die mit dem Kranken Kontakt hatten.

Yüan Gui-lan, eine Barfußärztin der Gesundheitsstation der Schuguang-Straße, ist die Frau eines Arbeiters. Sie verbreitet allgemeine Kenntnisse der Hygiene unter den Bewohnern. 1974 machte sie 2300 Krankenbesuche.

TRANSPORTPLÄNE ÜBERERFÜLLT

Die Werktätigen im Verkehrs- und Transportwesen Chinas haben gewissenhaft die Theorie der Diktatur des Proletariats studiert, das hat ihre Initiative geweckt und die Produktion gefördert. Ende Juni war das Soll für den Eisenbahntransport im 1. Halbjahr des Jahres 1975 übererfüllt. Die Umlaufzeit der Züge wurde verkürzt, viele technische Verbesserungen eingeführt und die Pünktlichkeit erhöht. Sowohl bei der Produktion der Fabriken als auch beim Investbau wurden die Staatspläne erfüllt. Wie im Vorjahr wurden die Pläne für den Wasser- und Straßentransport und für dessen Investbau im 1. Halbjahr 1975 vorfristig erfüllt. In den vergangenen 6 Monaten war das Frachtvolumen zu Wasser um 22% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, der Frachtgutumschlag der wichtigsten Häfen um 10%. Auch der Personen- und Gütertransport durch Kraftwagen wies einen Anstieg auf. Das Tempo des Investbaus bei Straßen und Wasserwegen beschleunigte sich, und um 57% mehr Projekte als in der gleichen Periode des Jahres 1974 wurden fertiggestellt.

WACHSENDE SPARGUTHABEN DER CHINESISCHEN STADTBEVÖLKERUNG

Die Sparguthaben der Bevölkerung in den chinesischen Städten waren Ende Juli dieses Jahres rund 7,6% höher als am Ende des letzten Jahres. Das Anwachsen der städtischen Sparguthaben ist ein Zeichen für die ausgezeichnete Situation einerseits für die Entwicklung der Revolution und der Produktion in China und andererseits für das Bewußtsein der Bevölkerung von der Bedeutung des einfachen Lebens und des harten Kampfes. Mehr und mehr Familien haben ihre Ersparnisse auf die Bank getragen und Geld für die Zukunft beiseite gelegt, um so den sozialistischen Aufbau zu unterstützen.

Ernst Aust vor Gericht
"Wie Krieg nicht gleich Krieg ist, ist Armee nicht gleich Armee"

Wieder einmal stehe ich, wie so oft schon, vor Gericht. Und immer ist es die gleiche Sache: Weil ich als Kommunist, entsprechend meinem „weltanschaulichen Bekenntnis", dem Marxismus-Leninismus, meine „Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußerte", weil ich als Mitglied, als Funktionär unserer Partei, der KPD/ML, versuchte,an „der politischen Willensbildung des Volkes" mitzuwirken. Alles Freiheiten, die das Grundgesetz dem Bundesbürger angeblich zubilligt. Doch was kümmern die Bourgeoisie, die herrschende Klasse schon ihre eigenen Gesetze, die Verfassung. Ein Fetzen Papier, nicht a la Höcherl unter dem Arm umherzutragen, wegen mangelnder Qualität nicht einmal geeignet,hinterlistigen Zwecken zugeführt zu werden.

Man klagt mich an: „fortgesetzt handelnd auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben, und" mich „dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt zu haben."

Das ist gelinde gesagt eine Unverschämtheit! Umgekehrt wird ein Schuh daraus!

Wie ich schon sagte und mit meiner Strafanzeige gegen Bundesverteidigungsminister Leber und die Bundesregierung zum Ausdruck brachte, es ist nicht die KPD/ML, sondern die SPD/FDP-Regierung, die mit ihrem pazifistischen Friedens- und Entspannungsgeschwätz auf die Angehörigen der Bundeswehr planmäßig einwirkt, um deren Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik zu untergraben. Einwirkt, indem sie den Massen verschweigt, daß es trotz aller zeitweiligen Abkommen die Rivalität der zwei imperialistischen Supermächte USA und UdSSR ist, die früher oder später zwangsläufig zum Kriege führen wird, dessen strategischer Schwerpunkt Europa und damit auch Deutschland ist.

Wie wir wissen, ist nicht Krieg gleich Krieg, ist nicht Armee gleich Armee. Kriege, die es seit dem Entstehen des Privateigentums und der Klassen gibt, sind – wie der Genosse Mao Tsetung sagt – die höchste Kampfform, die bei der Lösung der Widersprüche zwischen einzelnen Klassen, Nationen, Staaten und politischen Gruppen angewendet wird, sobald diese Widersprüche eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht haben. Oder wie der preußische General und Theoretiker in Kriegsfragen Karl von Clausewitz feststellte, ist „der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Das heißt, wenn sich die Politik bis zu einer bestimmten Stufe entwickelt hat, wo sie nicht mehr auf die alte Weise fortgeführt werden kann, dann bricht der Krieg aus, mit dessen Hilfe die der Politik im Wege liegenden Hindernisse hinweggefegt werden.

Wir sehen es anschaulich am derzeitigen Ringen der zwei imperialistischen Supermächte USA und UdSSR um Weltherrschaft. Beide betreiben Politik. Einerseits, wenn sich diese Politik gegen andere Völker richtet, sind sie sich sehr oft einig. Das sahen wir z. B. am Abschluß des Atomwaffensperrvertrages, der ihnen dazu dienen sollte, ihre militärische Überlegenheit gegenüber den Völkern zu sichern, indem sie ihnen verboten, sich in den Besitz von Nuklearwaffen zu setzen. Dem dienten auch die SALT-Verhandlungen, ihr Treffen in Wladiwostok, die sogenannte Konferenz für europäische Sicherheit, KSZE. Diese Konferenz, die den europäischen Völkern auch nicht das geringste Mehr an Sicherheit brachte, diente den Supermächten einzig und allein dazu, sich gegenseitig ihre Einflußsphären zu bestätigen und abzusichern. Diente ihnen dazu, die Völker Europas in einem falschen Gefühl der Sicherheit zu wiegen, indem sie die absurde, unwissenschaftliche Behauptung aufstellen, daß heute angeblich sämtliche internationalen Fragen, alle Klassenkonflikte auf der Welt durch „persönliche Kontakte", „friedliche Verhandlungen", durch „die Vernunft der Staatsmänner" gelöst werden könnten.

Schon Lenin widerlegte diese Absurdität, indem er sagte: **„Die Imperialisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sie streben in Konkurrenz zueinander nicht nach Hegemonie, nach Weltherrschaft, weil sie unvernünftig und bösartig sind, sondern weil die erreichte Stufe der Kapitalkonzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profit zu erzielen."** Das trifft auch haargenau auf die zwei imperialistischen Supermächte zu. Während sie einerseits allerlei Verhandlungen führen und Abkommen treffen, um ihre Hegemonie in ihren Einflusszonen zu sichern, um die Völker und Länder zu veranlassen, ihre Freiheit und nationale Souveränität ihren imperialistischen Interessen unterzuordnen, stehen sie andererseits, und das ist die Hauptseite, in heftiger Rivalität zueinander. Ist zwischen ihnen ein heftiger Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Ölressourcen, Einflußsphären entbrannt. Jeder versucht in die derzeitigen Einflußgebiete der andern einzudringen, um ihr gegenüber Vorteile zu erringen. **Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit, sie sind die Quelle eines neuen Weltkrieges. Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen, und wir müssen uns darauf vorbereiten.** Aber wie, das ist hier die Frage.

Was für eine Art Krieg wäre das, der zwischen den USA und der Sowjetunion ausbricht, egal was immer der Anlaß und wer der Angreifer ist? Als Kommunisten unterscheiden wir zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Alle Kriege, die dem Fortschritt dienen, sind gerecht, und alle Kriege, die den Fortschritt behindern, sind ungerecht. Wir Kommunisten sind gegen alle den Fortschritt behindernden, ungerechten Kriege, jedoch nicht gegen fortschrittliche, gerechte Kriege. Was letztere betrifft, sind wir nicht nur gegen sie, sondern nehmen aktiv an ihnen teil.

So war z. B. der Krieg in Vietnam, in Kambodscha von seiten der Völker ein gerechter Krieg gegen die amerikanische Aggression zur Wahrung bzw. Erringung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder, während er von seiten des USA-Imperialismus ein ungerechter Krieg zur Unterdrückung und Versklavung eben dieser Völker war. Übrigens zeigte dieser Krieg recht anschaulich, daß ein Volk, das bereit ist, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen und im Volkskrieg auszuharren, jeden Gegner, selbst eine Supermacht, zu besiegen vermag. Käme es z. B. in den von den russischen Sozialimperialisten unterdrückten Ländern Osteuropas zu einem Aufstand, zu einem Krieg gegen die Unterdrücker, so wäre dies von seiten der unterdrückten Völker ein gerechter, von seiten der Sozialimperialisten ein ungerechter Krieg.

Wie stünde es aber nun mit einem Krieg zwischen den USA und der UdSSR um die Weltherrschaft? Solch ein Krieg wäre vergleichbar mit dem ersten Weltkrieg. Dieser Krieg war ein ungerechter Krieg, denn er wurde von beiden Seiten für imperialistische Interessen geführt und deshalb von den Kommunisten der ganzen Welt entschlossen bekämpft. Man bekämpft solch einen Krieg in der Weise, daß man, ehe er noch ausgebrochen ist, alles tut, um seinen Ausbruch zu verhindern; ist er aber bereits ausgebrochen, dann bekämpft man, wo immer dies nur möglich ist, den Krieg mit dem Krieg, setzt dem ungerechten Krieg einen gerechten entgegen.

Was aber können wir tun, den Ausbruch eines solchen Krieges zwischen den Supermächten zu bekämpfen, um unser Volk auf den Ausbruch eines solchen Krieges vorzubereiten? Können wir uns, wie es die Bundesregierung tut, auf die eine oder andere Supermacht stützen? Keinesfalls, denn das würde genau dazu führen, daß die Bundesrepublik im Falle eines Falles direkt in einen Krieg zwischen den Supermächten hineingezogen würde. Sicher, die deutschen Imperialisten, die Krupp, Mannesmann, Thyssen, Hösch, Höchst usw., die ja nicht ausgestorben sind, haben ein direktes Interesse daran, z. B. im Falle eines Krieges auf seiten der amerikanischen Supermacht am Sieg teilzunehmen, um so ihre alten imperialistischen, revanchistischen Ziele zu verwirklichen. Doch das deutsche Volk, weder hier noch in der DDR, kann kein Interesse daran haben, sich an einem Krieg zwischen den Supermächten zu beteiligen.

Der ungeheure Zynismus, der Hoch- und Landesverrat der Bundesregierung liegt ja gerade darin, daß sie, obwohl sie mit einem Krieg, mit einem Konflikt zwischen den Supermächten rechnen muß, zwar aufrüstet, eine Armee unterhält, diese aber innerhalb der NATO den Befehlen amerikanischer Generäle unterstellt. Daß sie, als US-Kriegsminister Schlesinger kürzlich vor der Presse erklärte: „Wir werden Nuklearwaffen anwenden, falls wir mit einer ernsten Aggression konfrontiert werden und die Gefahr besteht, daß eine Niederlage in einem für die US-Außenpolitik bedeutendem Gebiet droht . . . Dies würde auf Westeuropa zutreffen", ob dieser Ungeheuerlichkeit nicht ein Wort des Protestes erhob, sondern dazu noch Beifall klatschte. Beifall für die geplante atomare Vernichtung großer Teile der Bundesrepublik und Millionen Menschen.

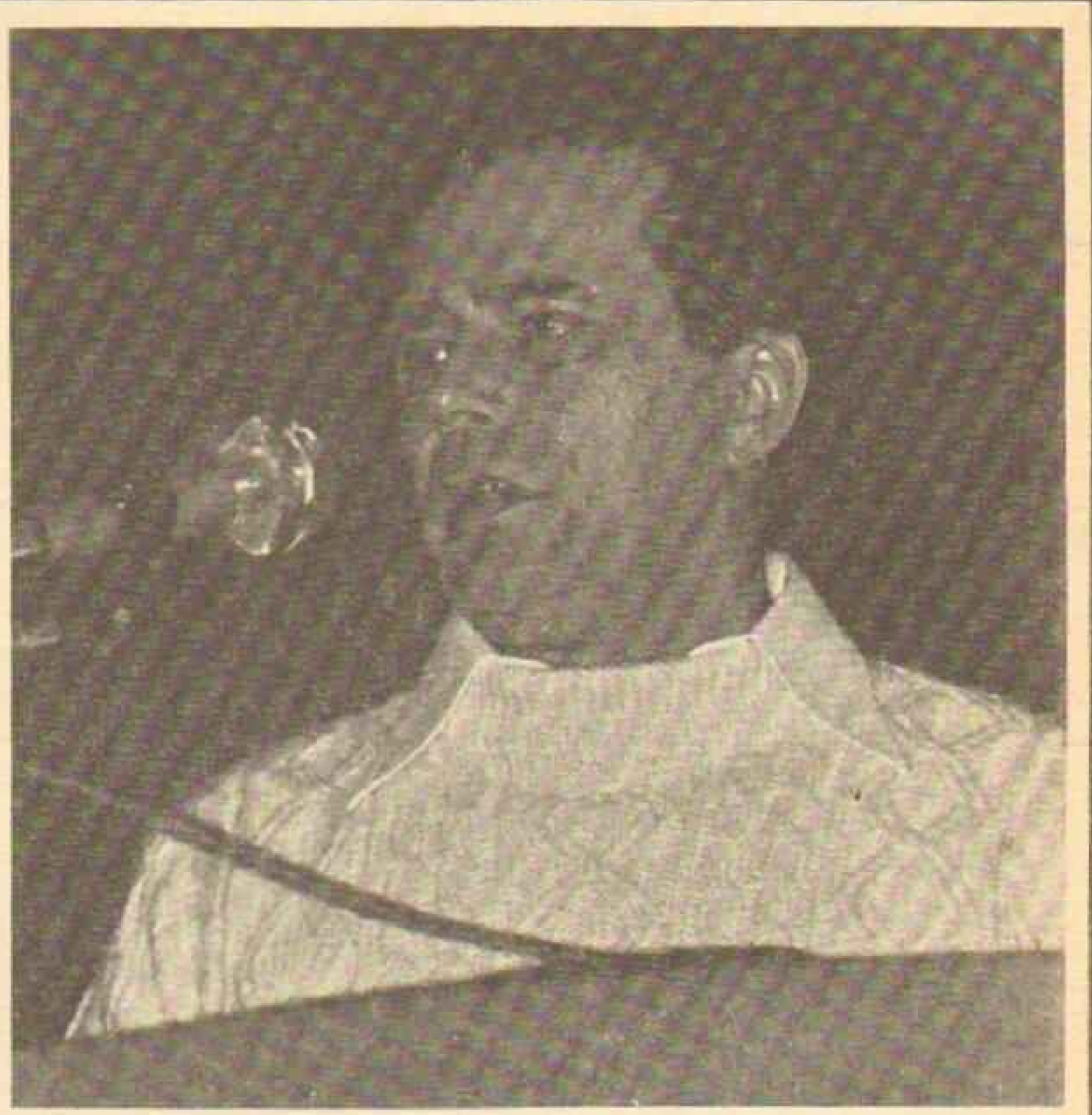
Ja aber, könnte man einwenden, ohne den atomaren Schutzschild der USA, ohne das Bündnis der NATO wären wir doch schutzlos einer sowjetischen Aggression ausgesetzt, die Bundeswehr ist allein doch viel zu schwach. Was nützt uns ein „Schutzschild", der die atomare Zerstörung Deutschlands bedeutet, und kann man sich mit der einen imperialistischen Sueprmacht verbünden, um die andere, kann man sich mit dem Beelzebub verbünden, um den Teufel zu bekämpfen? Nein, das kann man nicht. **Was man dagegen tun kann, ist, sich auf die eigenen Kräfte stützen und eine Einheitsfront der europäischen Völker im Kampf gegen die Unterdrückungs- und Aggressionspolitik der Supermächte bilden. Eine Einheitsfront, die sich mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt gegen das Hegemoniestreben der Supermächte liiert und sie in diesem Kampf unterstützt.** Alles andere ist Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes, seinem berechtigten Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Was nun die Bundeswehr und ihre sogenannte Verteidungskraft betrifft, so ist sie allerdings recht gering. Nicht von ungefähr kursiert in der Bundeswehr der Witz: Die Bundeswehr hat die Aufgabe, die angreifenden Truppen solange zum Lachen zu bringen, bis Soldaten kommen. Die Mehrzahl der einfachen Bundeswehrsoldaten ist nicht bereit, zu kämpfen. Sie sagen: „Wenn es losgeht, dann haue ich ab! Mein Tank ist immer voll." Und diese Haltung ist nur zu verständlich, denn sie sind mit Recht nicht bereit, sich im Falle eines Krieges für Interessen der USA-Imperialisten und der mit ihnen verbündeten westdeutschen Imperialisten verheizen zu lassen. Sie wissen, diese Armee, die Bundeswehr ist keine Armee zur Verteidigung der Heimat, des Volkes, sondern ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, gedrillt auf Bürgerkrieg und Völkermord.

Wie Krieg nicht gleich Krieg ist, ist Armee nicht gleich Armee. Und wie ein Huhn immer nur Eier legt und niemals Kartoffeln, kann der Kapitalismus in seinem höchsten und letzten Stadium, dem Imperialismus, immer nur eine imperialistische Armee erzeugen, niemals aber eine Armee zum Schutz, zur Befreiung des Volkes. Und eben gerade darin liegt die Schwäche der Bundeswehr, daß sie nicht aufgebaut wurde als eine Armee zum Schutze der Heimat, des Volkes oder auch, wie es in § 89 StGB so schön heißt „zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland", sondern als eine Armee mit imperialistischer Zielsetzung. Das ergibt sich schon aus ihrem waffentechnischen Aufbau und ihrer strategischen Zielsetzung. Die Bundeswehr ist keine Verteidigungs-, sondern eine Angriffsarmee.

Der Schwerpunkt der Rüstung liegt klar auf Angriffswaffen, z. B. bei der Luftwaffe. Die Ausrüstung mit Starfightern, die schon Milliarden und Abermilliarden gekostet hat, wird jetzt forgesetzt durch die Anschaffung des Kampfflugzeuges MRCA. Diese Flugzeuge sind strategische Angriffswaffen, Atomwaffenträger, Fernbomber wie die MRCA, geeignet, weit im Hinterland des Gegners Objekte zu bombardieren. Wenn überhaupt, da im Falle eines Krieges damit gerechnet werden muß, daß Start und Landebahnen allenfalls nur ein paar Tage zur Verfügung stehen, wären zur Verteidigung der Städte unseres Landes Jagdflieger, Abfangjäger, die zudem noch weitaus billiger sind, viel besser geeignet. Schwerpunkt aber müssten die Flugzeug- bzw. Raketenabwehr, Flakgeschütze und transportable Flugzeugabwehrraketen bilden. Daran aber herrscht ein ausgesprochener Mangel.

Was für die Luftwaffe gilt, gilt auch für die Panzerwaffe. Mit ihren Leopard- und Marder-Panzern gehört sie zu den modernsten der Welt. Panzer sind immer, besonders wenn sie den Schwerpunkt der Heeresrüstung bilden, Angriffswaffen. Sie dienen dazu, große Räume schnell zu durchstoßen und den Gegner in Kesselschlachten zu vernichten. Natürlich kann man Panzer auch in der Verteidigung einsetzen, aber im Angriff liegt ihre eigentliche Stärke, z. B. im Blitzkrieg, für den der Leopard mit der enormen Geschwindigkeit von ungedrosselt über 100 km besonders geeignet ist. Für ihren geplanten Einsatz als Angriffsinstrument spricht auch, daß unter enormen Entwicklungskosten die Bundeswehr für Klimabedingungen unter 40 Grad minus und tropische Temperaturen ausgerüstet wurden, Bedingungen, die es in der Bundesrepublik gar nicht gibt.



Ich klage an

Bundesverteidigungsminister Georg Leber und mit ihm die gesamte Bundesregierung, in der Zeit ihrer Tätigkeit fortgesetzt handelnd die Sicherheit und den Bestand der deutschen Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung gefährdet zu haben,

indem sie

1. **anstatt die Bundeswehr als eine Verteidigungsarmee zum Schutze unserer Heimat und unseres Volkes gegen eine Aggression aufzubauen, diese in der Hauptseite zu einem Instrument der Unterdrückung des eigenen Volkes bzw. der Aggression in einem imperialistischen Kriege machten;**
2. **durch Betreiben anstehender Anklagen gegen die KPD/ML wegen „Wehrkraftzersetzung", weil diese auf die Soldaten der Bundeswehr einwirkte und einwirkt, sich nicht zu Verbrechen des Völkermordes, des Aggressionskrieges, der Unterdrückung des eigenen Volkes mißbrauchen zu lassen, zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, diese Verbrechen zu begehen;**
3. **anstatt durch eine Aufhebung, durch eine Verschärfung der Waffengesetze das Volk daran hindert, sich zu bewaffnen, um einem eventuellen Aggressor entgegenzutreten;**
4. **für den Fall eines Krieges billigend den Tod von Millionen Bundesbürgern in Kauf nimmt, indem sie während ihrer Regierungzeit nicht nur nichts zum Schutze der Bevölkerung (Bau von Bunkern, Tunnels etc.) unternahm, sondern, wie Bundesverteidigungsminister Leber persönlcih, auch noch die von den USA-Imperialisten geplante Vernichtung großer Teile der Bundesrepublik durch Atomwaffen befürwortet;**
5. **anstatt die Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik durch Aufklärung auf die wachsende Kriegsgefahr durch die Rivalität der zwei imperialistischen Supermächte, der USA und der UdSSR, ihr jeweiliges Streben nach Hegemonie und Weltherrschaft hinzuweisen, sie diese durch eine entsprechende Propaganda, durch Teilnahme an Konferenzen wie der KSZE in einem falschen Gefühl der Sicherheit wiegt;**
6. **anstatt durch eine Politik der Blockfreiheit, der nationalen Unabhängigkeit, des Stützens auf die eigenen Kräfte, des Zusammenschlusses der westeuropäischen Völker gegen die Weltherrschaftspläne der zwei imperialistischen Supermächte die Möglichkeit zu schaffen, sich aus einem Krieg zwischen ihnen herauszuhalten, durch ihre Politik des Stützens auf die Supermächte, um im Falle eines Konfliktes ihre eigenen imperialistischen Ziele zu verfolgen, billigend die Zerstörung der deutschen Bundesrepublik in Kauf nimmt;**

ferner, daß sie sich zur Durchsetzung dieser ihrer Politik sich rechtsbeugend und nötigend der bundesdeutschen Justiz bedient.

Ich klage an

den Vorsitzenden am Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 8, Ziegler und mit ihm die gesamte bundesdeutsche in diesem Sinne tätige Justiz (Richter und Staatsanwälte) einschließlich des Bundesgerichtshofes, aus politischen Opportunitätsgründen eine kriminelle Vereinigung zu bilden, deren Zwecke und Tätigkeit darauf gerichtet ist, rechtsbeugend politisch Andersdenkenden die Grundrechte nach Art. 4,5 u.a. zu rauben und sie mit den Mitteln des Justizterrors zu verfolgen.

indem sie:

1. **ihre eigenen Gesetze mißchtend, Bundesbürger, die sich zur Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus bekennen auf Grund dieses Bekenntnisses terroristisch mit Gefängnis- und Geldstrafen verfolgen;**
2. **Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten einer zugelassenen politischen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der KPD/ML, an ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes terroristisch hindern, indem sie sie wegen ihrer Tätigkeit für die Partei, der Verbreitung ihrer programmatischen und politischen Meinung verfolgen einkerkern und mit Geldstrafen belegen, die inzwischen die 300.000,- Mark weit überschritten haben;**
3. **ihre eigenen Gesetze mißachtend, wie im anstehenden Verfahren gegen mich, Ernst Aust, wegen Veröffentlichungen im Zentralorgan der KPD/ML, ROTER MORGEN, der Richter Ziegler, und in hunderten anderen gleichen Verfahren gegen Sympathisanten, Mitglieder und Funktionäre der KPD/ML mit ihm seine kriminellen Vereinigungs- bzw. Bandenmitglieder sich willkürlich anmaßen, die Tätigkeit für die KPD/ML zu verfolgen, obwohl sich alle Äußerungen, Handlungen und Tätigkeiten der KPD/ML aus ihrer sogenannten , Verfassungswidrigkeit', d.h. ihres Eintretens für die Errichtung des Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten unseres Volkes ergeben. Worüber zu urteilen sich aber einzig und allein das Bundesverfassungsgericht vorbehalten hat,**

Ich stelle hiermit Strafanzeige, obwohl ich mir über deren Ergebnis nicht die geringsten Illusionen mache, denn bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus, and eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein bundesdeutscher Richter Recht im Namen des Volkes spricht.



Im Verfassungsschutzbericht 1974 dokumentiert eine ganzseitige Collage die „Verbrechen" des ROTEN MORGEN.

Solidarität mit dem ROTEN MORGEN

Am 3. 9. 1975 beginnt vor dem Amtsgericht in Dortmund ein erneuter Prozeß gegen den ROTEN MORGEN. Zu dieser Hauptverhandlung sind Verfahren gegen 7 Nummern des ROTEN MORGEN zusammengezogen worden. Dem Prozeß vorausgegangen sind Strafbefehle gegen die Genossen Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, und Karin Wagner, damalige verantwortliche Redakteurin, in einer Gesamthöhe von 19 000 DM. Gleichzeitig wurde in den Strafbefehlen die Einziehung der ROTEN MORGEN Nr. 27, 30, 31, 38, 39, 42 und 46 angeordnet.

Den Genossen wird vorgeworfen, in Artikeln des ROTEN MORGEN die Duisburger Polizei beleidigt, die Bundesrepublik Deutschland böswillig beschimpft und verächtlich gemacht zu haben und Verbrechen gebilligt zu haben. (§ 185, 90 a und 140 des Strafgesetzbuches)

Wenn Genosse Ernst Aust im Prozeß in Hamburg gesagt hat, die Anklage gegen ihn und die Partei wegen angeblicher Gefährdung des Schutzes der Sicherheit der Bundesrepublik sei gelinde gesagt, eine Unverschämtheit, vielmehr sei das genaue Gegenteil der Fall, dann trifft das auch auf diesen Prozeß gegen 7 Nummern des ROTEN MORGEN zu.

Wer billigt denn hier Verbrechen?

Staatsanwalt Greiser, der die Anklagen gegen den ROTEN MORGEN geschrieben hat, weiß ganz gut, daß die Partei seit über einem Jahr einen hartnäckigen Kampf führt, um das Verbrechen, das Duisburger Polizisten, darunter der BKA-Beamte Schabronat, im Duisburger Arbeitsgericht begingen, aufzudecken, öffentlich bekannt zu machen und die Verbrecher zu bestrafen. Denn er und seine jeweiligen Kollegen hinter den Richtertischen haben ja schließlich die Strafbefehle und Beschlagnahmebescheide unterschrieben, mit denen der Kampf der Partei gegen dieses Verbrechen der Polizei unterbunden werden sollte.

Wer dieses Verbrechen nicht nur billigte, sondern vertuschte, um die Mörder zu decken und es zum Anlaß zu weiteren Verbrechen gegen zig Revolutionäre nahm, die nur deshalb von der Polizei zusammengeschlagen, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt wurden, weil sie ebenfalls gegen das Verbrechen der Polizei kämpften, ist die bürgerliche Klassenjustiz, ist die Bourgeoisie. Während die Partei gegen die Mörder kämpft, sind es die Beamten ihres Staatsapparates, die eine Nummer des ROTEN MORGEN beschlagnahmen lassen und jetzt den angeklagten Genossen den Prozeß deswegen machen lassen, weil es einer der Mörder, Schabronat, so verlangt hat.

Genauso verhält es sich mit dem Kampf der Partei gegen die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen und gegen den Mord an Genossen Holger Meins. Auch hier war es die Partei, die zusammen mit zig tausend Menschen gegen diese Verbrechen ankämpfte, während die Bundesregierung einerseits den Terror in den Gefängnissen verschärft und gleichzeitig ihren Justizminister Vogel erklären läßt, in der Bundesrepublik würde niemand wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt.

Während die Bundesregierung, die Staatsanwälte, Polizisten und Richter der Kapitalistenklasse die Verbrechen gegenüber Kommunisten und Revolutionären billigen, fördern und systematisch vorantreiben, schreien sie gleichzeitig Zeter und Mordio, wenn sich Revolutionäre gegen diese Verbrechen und diese Verbrecher empören, wie es bei den Bombenanschlägen der RAF auf die Hauptquartiere in Heidelberg und Frankfurt, wie es bei der Erschießung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann der Fall war.

Einen Staat, in dem solche Zustände herrschen, kann man nicht verächtlich machen. Ein solcher Staat ist verächtlich. Und die Verantwortung dafür trägt die Kapitalistenklasse, die mit Hilfe der Bundesregierung, mit Hilfe ihres Heeres von Polizisten, Staatsanwälten, Richtern usw., mit einem Wort, mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparates gewaltsam ihre Herrschaft aufrechterhält.

Die Bourgeoisie geht deshalb so wütend gegen den ROTEN MORGEN vor, weil er den Werktätigen nicht nur das verächtliche Wesen dieses Staates hinter seiner demokratischen Fassade zeigt, sondern gleichzeitig den Weg weist zur Abschaffung des Kapitalismus, den Weg der proletarischen Revolution. Der Prozeß am 3. September ist ein Schritt bei den Versuchen der Bourgeoisie, die Stimmer der Partei unter den Massen zum Verstummen zu bringen, Funktionäre durch hohe Geldstrafen oder auch durch Gefängnisstrafen, zu denen den Richtern die Paragraphen der Anklage durchaus die Handhabe bieten, einzuschüchtern. Die Bourgeoisie hat dieses Ziel bisher trotz aller Bemühungen der Polizei, der Richter und Staatsanwälte nicht erreicht. Und sie wird es auch weiter nicht erreichen, wenn wie die Front der Klassensolidarität, auf die sich der ROTE MORGEN stützt, stärken und verbreitern.

Fortsetzung von Seite 5

Die Tatsache, daß die Bundeswehr ein relativ großes Angriffspotential besitzt, Manöverplanungen wie die beim NATO-Manöver Bold Guard im September 1974, wo Dreiviertel der Manöverteilnehmer, alle Leopardpanzer und die meisten Marder den Angriff übten, zeigen, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihre Regierung keinen Gedanken daran verschwendet, sich vielleicht aus einem Krieg zwischen den Supermächten herauszuhalten, daß sie vielmehr plant, sich im Falle eines Krieges auf die Seite der einen oder anderen Supermacht zu schlagen, um sich so einen Anteil an der möglichen Beute zu sichern.

Diese imperialistische Zielplanung der Bundesregierung ist eben nicht auf die Verteidigung, sondern den Angriff gerichtet. Wäre sie nämlich auf eine Verteidigung ausgerichtet, so müßte der Schwerpunkt der Ausrüstung der Bundeswehr auf Abwehrwaffen wie Panzerabwehrkanonen und -raketen etc. liegen. Angesichts eines militärtechnisch und rüstungsmäßig haushoch überlegenen Gegners wie z.B. die russischen Sozialimperialisten gäbe es nur eine Möglichkeit der Verteidigung, den Partisanen-, den Volkskrieg, wie er in Vietnam erfolgreich angewendet wurde. Dazu aber sind eine große Zahl von Gewehren, Maschinenpistolen, MGs, Handgranaten, Granatwerfern, Panzerfäusten, Sprengmitteln etc., dazu wäre die Ausrüstung der Arbeiter in den Fabriken, der Bauern in den Dörfern mit eben diesen Waffen notwendig.

Aber gerade das fürchtet die Bourgeoisie und ihre Regierung mehr als der Teufel das Weihwasser. **Ihre Angst vor dem eigenen Volk ist größer als die vor einem imperialistischen Angreifer.** Lieber rutschen sie vor den US-, den SU-Imperialisten auf dem Bauch, als sich auf die Kräfte des eigenen Volkes zu stützen. Was kümmert sie schon dieses Volk, sein Leben, seine Gesundheit? Einen Dreck! Was haben sie z. B. unternommen, um die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung in einem kommenden Krieg so niedrig wie möglich zu halten? Praktisch nichts! Wie auf einem Präsentierteller wäre die Bevölkerung der Bundesrepublik Bombenangriffen und Atomschlägen schutzlos ausgeliefert. Sicher, sie, die Herren der Regierung und ihre hohen Beamten haben ihre atomsicheren Unterkünfte, wie z. B. in der Eifel, in die sie mit ihren Familien flüchten können und für die Herren der Monopole und Banken stehen ihre Düsenjets aufgetankt bereit, um sie in ungefährdete Gefilde zu fliegen.

Nicht nur, daß ihnen das Volk gleichgültig ist, sie sehen in ihm direkt ihren ebentuellen Feind. Deshalb sorgen sie vor. Die Bundeswehr wurde nicht nur als eine Armee für einen Angriff auf andere Völker, sondern auch als Unterdrückungsinstrument, als Bürgerkriegsarmee gegen das eigene Volk geplant. Anweisungen zu Manöverlagen sprechen für sich. Z. B. diese: „Arbeiter in Süddeutschland haben ein ‚Rotland' errichtet. Die Bundeswehr hat die Aufgabe, den Aufstand niederzuschlagen. Da die Aufständischen Bundeswehruniformen tragen, ist die Bevölkerung feindselig gegen alle Soldaten eingestellt. Deshalb ist jeder als Feind zu behandeln." Die Bundeswehr übt die Räumung besetzter Fabriken, Objektschutz, Straßen- und Häuserkampf. Derzeit machen diese Ausbildung vor allem die Jäger, aber auch einige Panzergrenadiereinheiten. Die Bundeswehrführung bemüht sich darüber hinaus, zuverlässige Kadereinheiten von Berufssoldaten zu schaffen, die sie ohne Bedenken im Innern einsetzen kann.

Das Dilemma der Bundeswehr, ihr innerer Widerspruch besteht darin, daß sie zum großen Teil aus Wehrpflichtigen, also aus Söhnen von Arbeitern, Bauern und kleinen Angestellten, besteht. Und diese einfachen Soldaten kann man eben nur schwer davon überzeugen, für die Interessen der Kapitalisten, bei einem Streik auf ihre Kollegen zu schießen oder bei einer Revolution, dem bewaffneten Aufstand des Volkes ihre Gewehre gegen das Volk, gegen Vater und Mutter, Bruder und Schwester zu richten. Man kann sio kaum dafür gewinnen, ihr Leben für die eine oder andere Supermacht und ihre westdeutschen Verbündeten, d. h. für den Profit der Kapitalisten zu opfern.

Deshalb ist das Ziel der Ausbildung bei der Bundeswehr von Anfang an darauf gerichtet, die Soldaten abzurichten, ihren Willen zu brechen, sie zu gefügigen Befehlsempfängern der Offiziere zu machen. Deshalb wenden die Offiziere die Methode des sturen Drills, der Schikanen an, um die Soldaten zum Kadavergehorsam zu erziehen. Befehle sollen mechanisch ausgeführt werden, ohne nachzudenken. Die Soldaten sind völlig rechtlos, werden kaserniert, um sie vom Volk zu isolieren. Die meisten Offiziere selbst sind weder aus Patriotismus noch Vaterlandsliebe bei der Armee, sondern wegen ihres persönlichen Vorteils. Wenn sie nicht kontrolliert werden, tun sie auch nichts. Und von den Mannschaften kommt offener oder passiver Widerstand gegen fast jeden Befehl. So kommt ein Apparat zustande, in dem nur etwas läuft, wenn von oben bis unten getreten und kontrolliert wird. Die Söldnermentalität der Offiziere und Unteroffiziere macht sie unfähig, Dinge zu entscheiden, die nicht in der zentralen Dienstvorschrift geregelt sind.

Diese Armee ist schwach, innerlich faul, in sich zerrissen, nicht in der Lage, Belastungen standzuhalten, den Bestand der deutschen Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung zu garantieren. Sie ist wie jede imperialistische Armee ein Papiertiger, die zu kämpfen nur in der Lage ist, wenn sie dem Gegner an Zahl und Waffen zigmal überlegen ist. Und auch dann muß sie auf die Dauer versagen, wie die Niederlage der US-Armee in Vietnam und Kambodscha zeigte. Die Bundeswehr ist nicht in der Lage, einen überlegenen Gegner, wie es heute die beiden Supermächte sind, auch nur kurze Zeit standzuhalten. Sie ist zur Verteidigung ungeeignet und das ist das Werk der Bundesregierung, die damit nach ihren eigenen Gesetzen den Tatbestand des Hochverrats und der Wehrkraftzersetzung erfüllt hat.

Und **ausgerechnet diese Regierung, Herr Leber, wie aus den Bei-Akten hervorgeht, in denen es in Schreiben des Rechtsberaters beim Territorialkommando Schleswig-Holstein und Deutschen Bevollmächtigten im Bereich AFNORTH vom 26. 6. 73 und 2. 7. 73 an die Hamburger Staatsanwaltschaft heißt: „Da Herr Minister Leber an dem Ausgang dieses Verfahrens interessiert ist ... liegt uns an einer Bestrafung des Aust wegen eines Verstoßes § 89 StGB", wirft mir und damit der KPD/ML Wehrkraftzersetzung vor.**

Worauf basiert die Anklage? Auf drei Artikeln der Ausgabe des ROTEN MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, Nr. 15, 18 und 21 vom Jahre 1972, für die ich verantwortlich zeichnete. Zusammengefaßt sagen diese Artikel folgendes aus:

1) Soldaten der Bundeswehr, nehmt den Kampf auf gegen Schikanen, Drill und Erziehung zu sklavischem Gehorsam;

2) Soldaten der Bundeswehr, laßt Euch nicht gegen das Volk, gegen Eure kämpfenden Väter und Brüder einsetzen;

3) Soldaten der Bundeswehr, laßt Euch nicht zum Angriff auf andere Völker für imperialistische Interessen mißbrauchen;

4) Soldaten der Bundeswehr, bildet antimilitaristische Komitees, dreht, wenn man Euch zu solchen Verbrechen (Angriffskrieg, Völkermord, Unterdrückung des eigenen Volkes) zwingen will, die Gewehre um!

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, was wir Kommunisten unter Militarismus verstehen, zitiere ich aus „Wilhelm Liebknechts Volksfremdwörterbuch": **„Militarismus: reaktionäre Politik der Aufrüstung und der Vorbereitung auf einen neuen Krieg ..., beabsichtigt wird dabei die Eroberung neuer Gebiete, neuer Märkte und die Unterjochung anderer Völker, stets verbunden mit der verstärkten Unterdrückung des eigenen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung; politische Herrschaft der Militärclique in den imperialistischen Staaten und Einstellung der gesamten Wirtschaft des Landes auf einen Eroberungskrieg."**

Typisch militaristisch in diesem Sinne sind heute die zwei imperiafistischen Supermächte, das sieht man schon an ihren enormen, die Notwendigkeit der Verteidigung weit übertreffenden Militärbudgets. Besonders die russischen Sozialimperialisten haben, wie damals die deutschen Faschisten, die gesamte Wirtschaft ihres Landes auf die Führung eines imperialistischen Krieges vorbereitet. **Wie steht es aber nun mit dem westdeutschen Imperialismus?** Sicher geht von ihm heute nicht die Hauptkriegsgefahr aus. Immerhin, neben den beiden Supermächten ist er, was die konventionellen Waffen und Soldaten betrifft, die drittstärkste Macht in der kapitalistischen Welt, wenn sie auch im Verhältnis zu den Supermächten relativ klein ist. 30 Milliarden wandern jährlich in die Aufrüstung. Unter den Kleinen ist er der Größte. Und daß er imperialistische Ziele verfolgt, beweist schon diese Anklage gegen die KPD/ML.

Denn dadurch, daß man uns anklagt, einen Kampf gegen die Teilnahme der Bundeswehr an einem imperialistischen Krieg, ihren Einsatz zur Unterdrückung des Volkes, also Militarismus nach außen und innen zu führen, gibt man ja zu, daß man gerade das will, daß man die Bundeswehr eben nicht als ein Instrument der Verteidigung, sondern des Angriffs auf andere Völker, der Unterdrückung des eigenen Volkes betrachtet. Wäre dem nicht so, könnte man nicht nur nichts gegen den Aufbau antimilitaristischer Komitees in der Bundeswehr haben, sondern müßte ihren Aufbau noch unterstützen.

Während man uns Marxisten-Leninisten vorwirft, wir zersetzten die Bundeswehr und schwächten dadurch ihre Verteidigungsbereitschaft, uns vor Gericht stellt und einkerkert, drückt man beide Augen zu gegenüber jenen, die die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, des deutschen Volkes tatsächlich untergraben und schwächen, indem sie behaupten, die Welt sei durch die zeitweise Zusammenarbeit der zwei imperialistischen Supermächte in das Zeitalter des Friedens eingetreten, die uns die russischen Sozialimperialisten als harmlose Friedenslämmchen darstellen, und die Sowjetunion als ein „Bollwerk des Friedens", die modernen Revisionisten, die D„K"P.

Sind wir Pazifisten, Wehrdienstverweigerer? Nein. Im Gegenteil, in unserer Partei existiert ein Beschluß, daß jeder junge Genosse seinen Wehrdienst zu leisten hat. Wie kann man sich verteidigen, gegen Versklavung, Unterdrückung und Ausbeutung wehren, wenn man nicht schießen kann, nicht das Waffenhandwerk beherrscht. Unsere Genossen müssen, was ihre waffentechnische, geländemäßige Ausbildung betrifft, die Besten sein. Fordern wir etwa, wie die D„K"P, „S"DAJ, einzelne Jusos und andere sich „kommunistisch" nennende Gruppen die Herabsetzung des Rüstungsetats um 15 oder mehr Prozent? Nein, was wir fordern, ist, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, die 8 Milliarden jährlich für die Stationierung der US-Truppen in der Bundesrepublik zu sparen und sie für Verteidigungszwecke zu verwenden, blödsinnigen Drill, Bürokratismus und sklavische Unterordnung in der Bundeswehr abzuschaffen, und durch die allgemeine Volksbewaffnung die Verteidigungskraft der deutschen Bundesrepublik zu stärken.

Was wir wollen, ist keine imperialistische, sondern eine Armee, die eng mit dem Volk verbunden ist, die in Friedenszeiten nicht die Felder der Bauern zerstört, sondern ihnen bei der Ernte hilft. Die nicht nur für den Kriegsfall gerüstet ist, sondern auch für Naturkatastrophen, die sofort zur Stelle ist, wenn es – wie z. B. vor kurzem in Niedersachsen – zu großen Waldbränden kommt. Eine Armee, in der nicht Schikane, sinnlose Schleiferei, Kadavergehorsam herrschen, sondern eine sinnvolle militärische Ausbildung und ein gutes Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, so wie beispielsweise in den Armeen der Volksrepubliken China und Albanien.

Diese Armeen sind echte Armeen zum Schutze des Volkes, der Heimat. Ohne Schikane und Drill, ohne Rangabzeichen, mit einer echten Kameradschaft zwischen Offizieren und Mannschaften. Armeen, in denen überzeugt, die Soldaten zum Mitdenken erzogen werden, in denen die Offiziere keine besonderen Privilegien genießen, sondern Generäle sich nicht scheuen, wie die einfachen Soldaten die Latrine zu reinigen, deren Schlagkraft auf der bewußten Disziplin all ihrer Angehörigen beruht, die neben ihrer militärischen Ausbildung dem Volk, dem sie dienen, auch in der Produktion und Landwirtschaft helfen. Länder mit solchen Armeen wie China und Albanien sind uneinnehmbare Bollwerke. Zwar könnte ein Feind in sie eindringen, doch er würde nicht wieder herauskommen, sondern im Meer des Volkskrieges ertrinken. Denn die Regierungen dieser Länder stützen sich nicht nur auf die Armee, sondern auf das ganze Volk. Nur ein Staat, eine Regierung, die das Vertrauen des Volkes genießt, kann es sich wie z. B. in Albanien leisten, das ganze Volk, die Arbeiter in ihren Fabriken, die Bauern in ihren Dörfern, die Schüler in ihren Schulen mit Waffen und Munition auszurüsten.

Soll die Bundesregierung ein gleiches tun. Soll sie statt einer Politik des nationalen Verrats, des Stützens auf die Supermächte, eine Politik der Unabhängigkeit, des Zusammenschlusses der westeuropäischen Völker gegen das Weltherrschaftsstreben der zwei imperialistischen Supermächte betreiben, sie würde darin unsere volle Unterstützung finden. Doch indem sie dies nicht tut, indem sie die nationalen Interessen unseres Volkes für Dollars und Rubel verkauft, seine Verteidigungsbereitschaft nicht fördert, sondern untergräbt, es schutzlos der Vernichtung in einem Krieg zwischen den Supermächten preisgibt, sehen wir Kommunisten uns gezwungen, das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, das sie in den Dreck getreten haben, zu erheben und voranzutragen. Sehen wir uns gezwungen, die Volksarmee, die sie uns verweigern, selbst aufzubauen, und in diesem Sinne in der Bundeswehr zu wirken.

Weil sie Kommunistin ist

Beate Kohnke aus dem Schuldienst entlassen



Schon seit dem Oktober durfte Genossin Beate Kohnke in Duisburg ihren Beruf als Mittelschullehrerin nicht mehr ausüben: vom Dienst suspendiert. Jetzt hat der Regierungspräsident in Düsseldorf ihr die Entlassungsverfügung zum 30. September ins Haus geschickt.

Wer Kommunist ist, wer seine Schüler nicht mit der kapitalistischen Sklavenhalterideologie indoktriniert, sondern ihnen die Wahrheit über die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung beibringt, der ist für den Schuldienst „nicht geeignet". Ein in solchem Sinne „ausgerichteter und tätiger Lehrer", wie es in der Entlassungsverfügung heißt, ist untragbar. Ein Kommunist muß von den Schülern ferngehalten werden, als ob er eine ansteckende Krankheit hat und es ist kein Zufall, daß der entsprechende Paragraph des Landesbeamtengesetzes die „politische Eignung" in einer Reihe mit der „gesundheitlichen" aufführt.

Genossin Beate wohnt in Duisburg. Ihr Mann war Zuschauer bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner. Er ist Zeuge, wie die Polizei unseren Genossen Günter Routhier erschlagen hat. Es ist selbstverständlich, daß Genossin Beate ihren Schülern die Wahrheit darüber erzählt hat, wie Genosse Günter erschlagen worden ist und daß sie dies nicht nur in der Schule getan hat, sondern überall da in Duisburg, wo es ihr möglich war. Sie hat sich deshalb den besonderen Haß nicht nur der Schulbehörden, sondern auch der bürgerlichen Klassenjustiz zugezogen, die sie mit einer Reihe von Strafverfahren bestrafen, einschüchtern und erpressen will.

Selbstverständlich gibt es, das zeigt die Entlassungsverfügung, die Genossin Beate bekommen hat, eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der Schulbehörde, den Spitzeln der politischen Polizei und der bürgerlichen Klassenjustiz. Da wird genau, auf der Grundlage von Spitzelberichten, aufgeführt, wo sie eine Rede gehalten haben soll, wo sie den Roten Morgen verkauft haben soll, wo sie ein Flugblatt verteilt haben soll usw. usf. Offensichtlich bemüht sich hier die Schulbehörde die „konkreten Fakten" aufzuführen, die sie nach dem neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aufführen muß, um Genossin Beate entlassen zu können. Dabei stört es sie natürlich nicht, daß alle diese „Fakten" bisher nur Behauptungen sind, keine von ihnen bewiesen sind, kein einziges rechtskräftiges Urteil gegen Beate vorliegt, daß als „Beweis" herangezogen werden könnte.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn der Regierungspräsident, nachdem er die Grundsatzerklärung der KPD/ML zitiert, in der es heißt, daß der bürgerliche Staat durch die Proletarische Revolution zertrümmert werden muß, der Genossin Beate vorwirft, sie gehöre einer „kriminellen Vereinigung" an. Zwar ist die KPD/ML eine politische Partei und die Bourgeoisie mußte das inzwischen auch anerkennen, aber um eine kommunistische Lehrerin einzuschüchtern und aus dem Schuldienst zu werfen sind offensichtlich alle Mittel recht.

So heißt die Beschwerde eines Landgerichtsdirektors über Beate, für den es natürlich schrecklich sein muß, wenn seine Kinder von einer Lehrerin erzogen werden, die das Recht der Ausgebeuteten und Unterdrückten vertritt, in der Entlassungsverfügung dann: „mehrfache Elternbeschwerde."

Als Kommunistin wird sich Genossin Beate durch die Entlassung und drohende Arbeitslosigkeit nicht einschüchtern lassen, sondern gemeinsam mit der Partei in Duisburg den Kampf gegen ihre Entlassung führen.

Polizeiterror gegen Jugendliche

Eine Demonstration von 300 Bremer Jugendlichen für ein Jugendzentrum wurde von 200 Polizisten überfallen. Die Demonstration gegen den Bremer Magistrat stand unter der Führung des KBW, wurde aber auch von der Partei und Genossen der GRF unterstützt.

Die Polizei, die in den letzten Wochen in Bremen ihren Terror erheblich verstärkt hat, schlug mit Knüppeln auf die Jugendlichen ein und setzte die sogenannte „chemische Keule" gegen die Demonstranten ein. Sie verspritzte Farbe, um die Jugendlichen zu kennzeichnen. Mehrere Jugendliche wurden von Polizisten einzeln gegriffen, auf Höfe geschleppt und dort zusammengeschlagen.

Nachdem es bereits an den Wochenenden zuvor zu brutalen Polizeieinsätzen gegen Demonstrationen und Kundgebungen in Bremen gekommen war, hatten die Genossen der Partei gefordert, für einen eventuellen Polizeiüberfall Vorkehrungen zu treffen, was Vertreter des KBW allerdings mit der üblichen Behauptung von der angeblichen „Verfolgungsneurose" der KPD/ML verhinderten

Als Antwort auf den brutalen Polizeiüberfall fand am nächsten Tag eine Demonstration von über 500 Jugendlichen statt. Diese Demonstration wurde zwar von einem starken Polizeiaufgebot (Pistolentaschen offen) begleitet, aber die Bullen wagten nicht, gegen die Jugendlichen vorzugehen. Von den Jugendlichen aber wurden nicht mehr nur Parolen gerufen, die der Forderung nach einem Jugendzentrum Ausdruck verliehen, sondern auch Losungen gegen Staat und Polizei: **„Polizei überall – gegen das Volk, fürs Kapital!"**

Senatsdirektor verübt Mordversuch

Als sich Hamburgs Senatsdirektor Dr. H. Pieper in Hamburg in einer Pornobar herumtreibt, sich als Direktor eines Chemie-Konzerns bei den Barmädchen ausgibt und dann seine Whiskies und Piccolo Royal nicht zahlen kann, bekommt er angeblich urplötzlich ein „blackout", blitzschnell zieht er seine Dienstpistole lädt durch, zielt auf den Barbesitzer und ballert los.

Der Barbesitzer hat Glück gehabt, durch Zufall löste sich kein Schuß. Pieper haut die Pistole auf den Tresen, zieht nochmal durch und drückt wieder ab. Erst jetzt kann er überwältigt werden. Ein eindeutiger Mordversuch! Eine peinliche Affäre für die Bourgeoisie, denn Pieper ist einer der ranghöchsten Senatoren und dazu auch noch Leiter des Hamburger Strafvollzugsamtes, der extra eine Waffe bekommen hat, weil er zu dem Kreis der angeblich besonders von „Terroristen" bedrohten Herrschaften zählt.

Die Bourgeoisie hat natürlich großes Interesse, solche Auswüchse ihrer Vertreter zu vertuschen. So ist nicht Pieper ein Krimineller der hinter Schloß und Riegel gehört, sondern Schuld an diesem Mordversuch soll die RAF sein. „Ohne Baader-Meinhof -Terror wäre es jedenfalls nicht zu der Schießübung in der Bar gekommen", behauptet Senator Klug und glaubt, daß die Anforderungen „durch das Sparprogramm im Strafvollzug und den Streß bei den Baader-Meinhof Hungerstreiks ungewöhnlich hoch" waren. Eine Unverfrorenheit, denn Pieper ist derjenige, der verantwortlich für die Folterungen in den Hamburger Gefängnissen ist, der verantwortlich ist für die Isolierhaft von RAF-Gefangenen. Auch der Bürgerschaftsabgeordnete Gerd Weiland versucht, die Weste des feinen Herrn Pieper reinzuwaschen. „Vielleicht hat ihn die ständige Terroristen-Bedrohung in eine Ausnahmesituation gebracht."

Von der Polizei nach Hause gebracht, nachdem sie festgestellt hat, um wen es sich handelt, geht Pieper am nächsten Tag ins Büro, als sei nichts geschehen. Er kann sich angeblich an nichts erinnern.Sein Gedächtnis fiel natürlich genau mit Betreten der Pornobar aus, aber seine Pistole konnte er noch blitzschnell bedienen.

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. So hat auch Pieper nicht sehr viel zu befürchten, wie es schon bei anderen Staatsbeamten der Fall gewesen ist. Ein Volljurist aus Leverkusen, dem Unzucht mit Kindern und Trunkenheit am Steuer nachgewiesen wurde, erhielt Freispruch wegen „Alkohol- und Sonnenunverträglichkeit". Ein Nürnberger Landgerichtsdirektor wurde freigesprochen nachdem er einen Verkehrsunfall verursacht hat, bei dem vier Menschen verletzt wurden, wegen „vorübergehender Bewußtlosigkeit". Ein Schleswiger Staatsanwalt, der bei einem Ladendiebstahl erwischt wurde, erhielt Freispruch wegen „verminderter Zurechnungsfähigkeit".

Jeder andere würde schon im Gefängnis sitzen, Pieper aber sitzt beurlaubt in seinem Haus, bekommt sein Gehalt von 6500 DM weitergezahlt und besitzt sogar noch die Unverschämtheit, den Barbesitzer zu verdächtigen, ihm etwas in den Whiskie geschüttet zu haben.

Hier handelt es sich nicht um eine „Ausnahmesituation oder ein besonderes Fehlverhalten, ein „blackout" eines einzelnen Politikers, wie es die Bourgeoisie darstellen will, sondern um Auswüchse des verfaulten, verfallenen, durch und durch versumpften Wesens der Bourgeoisie, das in solchen Fällen offen zu Tage tritt und deshalb will die Bourgeoisie solche Affären auch schnell vertuschen.

Korrespondenzen

Korrespondenzen an Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

MÜNSTER

Ich bin wegen drohender Frühgeburt bis zum Ende der Schwangerschaft krankgeschrieben. Um Krankengeld zu bekommen, muß ich alle 14 Tage zum Arzt und mir eine schriftliche Genehmigung holen. Als ich bei der Krankenkasse nachfragte, warum das sein müsse, bekam ich als Antwort: „Ja, ich will Ihnen das mal ganz krass sagen. Was ist, wenn Sie in der Zwischenzeit sterben, wer zahlt uns denn dann das Geld zurück?" So sieht es im Kapitalismus mit den Sozialleistungen aus! Erst zahlt man jahrelang und wenn man krank wird, haben die Angst, daß sie uns vielleicht über den Tod hinaus zu viel ausgezahlt haben könnten!

Eine Genossin aus Münster

BREMEN

Wir haben eine Chinesische Bildmappe und wollten diese binden lassen. Wir gingen zur Druckerei und fragten, was das kostet. Die Drucker waren aber so begeistert von der Bildmappe, daß sie es umsonst machten. Jedes Bild schauten sie sich genau an und überall hatten sie viele Fragen. Der Genosse, der ihnen die Mappe brachte, mußte ihnen erzählen, wie in China der Sozialismus aufgebaut wird – ganz im Gegensatz zur DDR und zur Sowjetunion! Als Dank haben wir den Druckern mehrere Bilder aus der Mappe und zwei Nummern von China im Bild geschenkt, worüber sie sich sehr gefreut haben.

Eine Genossin aus Bremen

MÜNCHEN

Ich habe vor ungefähr einem Jahr eine Anklageschrift wegen des Versammlungsgesetzes bekommen, weil ich 1973 gegen die gekaufte Kundgebung von Kardinal Döpfner „Für das Leben" mit anderen Frauen demonstriert hatte. In diesem Frühjahr war die zweite Instanz, in der ich zu 600 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Inzwischen bekam ich die „Ladung zum Strafantritt": 600 DM oder 30 Tage Haft. (Das Gefängnis liegt zwei Minuten von mir entfernt). Ich zahlte. Vor zwei Tagen nun klingelte es und mein Mann ging öffnen. Sofort wurde die Wohnung von drei Polizisten gestürmt und sie standen vor meinem Bett (ich war krank). „Frau O.", hieß es, „entweder die 600 DM oder wir nehmen Sie sofort mit!" Ich bat meinen Mann, ihnen die Quittung zu zeigen. Alles wurde genau abgeschrieben und mein Mann währenddessen mit Argusaugen beobachtet. Dann mußten die Polizisten, wenn auch mißmutig, wieder gehen. Unser ganzes Haus einschließlich Nachbarschaft hatte diesen Vorfall mitbekommen und mein Mann ging gleich auf die Straße und berichtete. Die Leute waren empört und schimpften über die Polizeiüberfälle.

Noch kurz dazu, wie die 600 DM zusammengekommen sind: Zu den Prozessen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den § 218 machten die damals beteiligten Frauen ein Fest und sammelten dabei als Unterstützung für die Prozesse über 2000 DM. Jetzt wurde das Geld aufgeteilt und weil ich arbeitslos bin, bekam ich 850 DM. So konnte ich gleich bezahlen. Ich fand das vor allem deshalb anständig, weil ich schwere politische Differenzen mit den Frauen habe. Trotz alledem haben sie mich unterstützt, wenngleich sie auch mit meiner Prozeßführung nicht einverstanden waren. Eine Zeugin, eine Bekannte von mir, gab mir nach der Verurteilung ihr Zeugengeld zurück und erhöhte es auf insgesamt 100 DM. An diesen Beispielen kann man sehen, was Solidarität der Massen heißt. Auch wenn sie noch nicht mit uns einen Weg gehen, so sehen sie doch ganz klar und eindeutig den wahren Charakter unserer Justiz und sind bereit, politisch Verfolgte zu unterstützen. Mir haben diese Beispiele Mut gegeben, konsequent weiterzuarbeiten.

Rot Front, eine Münchner Genossin!

DORTMUND

Es war, glaube ich, voriges Jahr Himmelfahrt, als mich im Garten ein junger Mann ansprach und fragte, ob ich nicht mal den ROTEN MORGEN kaufen wollte. Kurz zuvor war gerade wieder jemand an der Mauer erschossen worden und ich hatte eine ungeheure Wut auf Leute, die Mauer und Schießbefehl errichten und sich dabei Kommunisten nennen. Deshalb machte ich meinem Ärger Luft und schimpfte: „Guck Dir doch erst mal die DDR an. Für mich ist es jedenfalls keine Freiheit, wenn sich Verwandte nicht besuchen dürfen, wenn Du eingesperrst wirst, weil Du mit dem System nicht zufrieden bist, wo an der Spitze Mord und Todschlag passiert." Ich kaufte dann eine Zeitung und beim Lesen wurde mir dann klar, daß das, was ich bisher immer für Kommunisten gehalten habe, gar nichts mit Kommunismus zu tun hat, ja, daß das der größte Verrat am Kommunismus ist. Ich wußte, daß man den Sozialismus nicht durch viele Worte erreicht und unterstütze deshalb die Partei von Anfang an in ihrem praktischen Kampf, heftete Flugblätter, steckte sie in Briefkästen und bin jetzt so fest zum Kampf entschlossen, daß ich in einer Sympathisantengruppe mitarbeite.

Eine 40-jährige Genossin

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

BUXTEHUDE

Am 11..8. fand in Buxtehude ein Berufungsprozeß gegen den Studenten Horst Sch. statt. Horst war im April 74 festgenommen worde, als er gegen eine Propagandaaktion der NPD anläßlich des Geburtstages von Adolf Hitler protestiert hatte. Im ersten Prozeß war er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Vor der Berufungsverhandlung rief die Rote Garde zu einer Veranstaltung auf, die von ca. 30 Freunden und Genossen besucht wurde. Auf dieser Veranstaltung sprach auch ein Vertreter der gerade gegründeten RHD-Gruppe von Buxtehude. Es wurden 50 DM zur Unterstützung des Angeklagten gesammelt und gemeinsam ein Brief an die gefangenen Kämpfer des Roten Antikriegstages verabschiedet.

Zum Prozeßtermin am Stader Landgericht fanden sich dann mehr als 30 Zuschauer ein, um den Angeklagten zu unterstützen. Viele hatten sich dafür extra in der Schule freigeholt. Obwohl sich auch diesmal die Zeugen der Staatsanwaltschaft (Polizei und NPD-Mitglieder) in heftige Widersprüche verwickelten, hielt das Gericht das Urteil aus der ersten Verhandlung aufrecht. Horst wurde zu 3 Monaten Gefängnis auf 2 Jahre „Bewährung" verurteilt.

AACHEN

Drei Genossen der Roten Hilfe Aachen erhielten jetzt Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 2358 DM, weil sie Flugblätter verteilt haben sollen, die sich mit Angriffen der bürgerlichen Klassenjustiz auf drei Aachener Kommunisten befassen. So wird in den Strafbefehlen jeweils ausdrücklich erwähnt, daß in den Flugblättern Freispruch im Aachener Kommunistenprozeß gefordert wird. Die drei Aachener Kommunisten hatten wegen der Propaganda der Partei zum Mord an Genossen Günter Routhier Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 12000 DM erhalten. Der Prozeß war von Aachen an die Staatsschutzkammer in Köln weitergegeben worden, wo unter Vorsitz des berüchtigten Richters Somoskoey zum Beginn des nächsten Jahres bereits 10 Verhandlungstage festgesetzt wurden.

BIELEFELD

Am 15. 7. bekam ein Genosse aus Bielefeld einen Strafbefehl in Höhe von 300 DM (§ 90a), weil er am 15. 3. ein Flugblatt der Partei und der RHD vor Rheinstahl verteilt haben soll, in dem über den Prozeß der Rheinstahlkapitalisten gegen Genossin Christel Giehse, presserechtlich Verantwortliche der Partei in Bielefeld,berichtet wurde.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

MELDORF

Am 12. 8. 75 wurde in Meldorf Genosse Eckard zu 600 DM Strafe verurteilt, weil er ein Flugblatt zur Ermordung des RAF-Gefangenen Holger Meins verteilt haben soll.

DÜSSELDORF

Am 18. 8. wurde in Düsseldorf ein Genosse im Zusammenhang mit einem Flugblatt der Partei zur Ermordung des Genossen Günter zu 200 DM Geldstrafe verurteilt.

Kambodschanische Regierungsdelegation in der VR China

Tiefe revolutionäre Freundschaft verbindet China und Kambodscha

Vom 15. bis 18. August besuchte eine Delegation der Nationalen Einheitsfront Kambodschas und der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas unter der Leitung von Khieu Samphan, Vize-Premier-Minister und Chefkommandeur der Nationalen Volksbefreiungsstreitkräfte die Volksrepublik China. Die Gespräche zwischen der kambodschanischen Delegation und Vertretern der chinesischen Regierung fanden in einer außerordentlich herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre statt. Es wurde ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beschlossen und ein gemeinsames Kommunique verabschiedet, aus dem wir im folgenden Auszüge abdrucken. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Samdech Norodom Sihanouk, Staatschef von Kambodscha, nach Kambodscha zurückkehren wird.

In dem gemeinsamen Kommunique heißt es unter anderem:

„Die chinesische Seite schätzt den großartigen Sieg, den das kambodschanische Volk in seinem nationalen Befreiungskrieg errungen hat, sehr hoch ein und ist voll des Lobes. Sie spricht dem kambodschanischen Volk dafür ihre herzlichsten Glückwünsche aus.

Im Laufe der vergangenen 5 Jahre haben das Volk und die revolutionäre Armee Kambodschas unter der Fahne der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha standhaft eine richtige Linie verfolgt, die Linie der Unabhängigkeit, des Vertrauens auf die eigene Kraft und des Volkskrieges. Sie haben an der nationalen Einheit festgehalten und mit hohem revolutionären Heroismus und dem unerschrockenen Geist, den Opfern in einem blutigen Kampf zu trotzen, über die barbarische Aggression und das wilde Bombardement des amerikanischen Imperialismus triumphiert, die Herrschaft der reaktionären Clique um Lon Nol vollständig gestürzt und so einen großartigen Sieg in ihrem nationalen Befreiungskampf errungen.

Der Sieg des kambodschanischen Volkes ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß ein schwaches Land in der Lage ist, ein starkes Land zu besiegen und ein kleines Land, ein großes Land zu besiegen. Das ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Sache der antiimperialistischen Solidarität der dritten Welt und aller Völker, sondern auch eine machtvolle Ermutigung und ein kraftvoller Impuls für den revolutionären Kampf der unterdrückten Nationen und Völker der dritten Welt.

Die chinesische Seite stellt mit Freude fest, daß das Ansehen der Nationalen Einheitsfront Kambodschas unter dem Vorsitz des Staatschefs von Kambodscha, Samdech Norodom Sihanouk und der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha mit Samdech Penn Nouth als Premierminister und Khieu Samphan, Iang Sary und Son Sen als Vize-Premierminister auf internationaler Ebene immer mehr wächst und sie eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten spielen.

Gegenwärtig hat die revolutionäre Sache des kambodschanischen Volkes eine neue historische Etappe erreicht. Als aktive Antwort auf den Appell des Außerordentlichen Nationalen Kongresses ist das kambodschanische Volk auch weiterhin der Linie der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf sich selbst gefolgt und hat den Geist harter Arbeit entwickelt, um mit aller Energie für den Aufbau eines unabhängigen, souveränen, friedliebenden, neutralen, blockfreien, demokratischen und auf territoriale Integrität gestützten Kambodscha zu arbeiten. In einem Zeitraum von nur wenigen Monaten hat es dank seiner enthusiastischen mutigen Politik und seinem außerordentlichen revolutionären Elan sehr bemerkenswerte Erfolge in der Konsolidierung der revolutionären Macht, in der Wiederbelebung der Wirtschaft, in der Verteidigung der Souveräntität des Staates wie auch auf anderen Gebieten erzielt.

Die chinesische Seite freut sich von Herzen über die neuen Siege des kambodschanischen Volkes und betrachtet sie wie ihre eigenen Siege. Sie ist vollständig überzeugt, daß das kambodschanische Volk fest und mutig, gestählt durch den Krieg alle Schwierigkeiten überwinden wird, die auf seinem weiteren Weg vorwärts auftauchen werden, und unaufhörlich weitere und noch größere Siege in seinem Kampf für die Verteidigung und den Aufbau des neuen Kambodscha erringen wird.

Die kambodschanische Seite begrüßt die großartigen Siege, die das chinesische Volk unter der richtigen und weitblickenden Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tstung an der Spitze in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus unaufhörlich errungen hat. Die Große und tiefgreifende Kulturrevolution und die Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius haben die breiten chinesischen Massen auf politischem und ideologischen Gebiet ergriffen, haben den alten reaktionären Überbau zerstört und es erlaubt, die revolutionäre sozialistische Macht noch besser zu konsolidieren. Die sozialistische Wirtschaft Chinas entwickelt sich schwungvoll. China ist dabei, sich zu einem Land mit einer immer moderner werdenden Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln. Das Ansehen der Volksrepublik China auf internationaler Ebene wächst ständig. Alle Länder, die für die Erreichung der nationalen Unabhängigkeit kämpfen und alle Völker, die einen revolutionären Kampf führen, betrachten China als ein eisernes Bollwerk für die Bewegung der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Sozialismus. Das kambodschanische Volk und die GRUNK beglückwünschen das chinesische Brudervolk zu diesen großen Siegen.

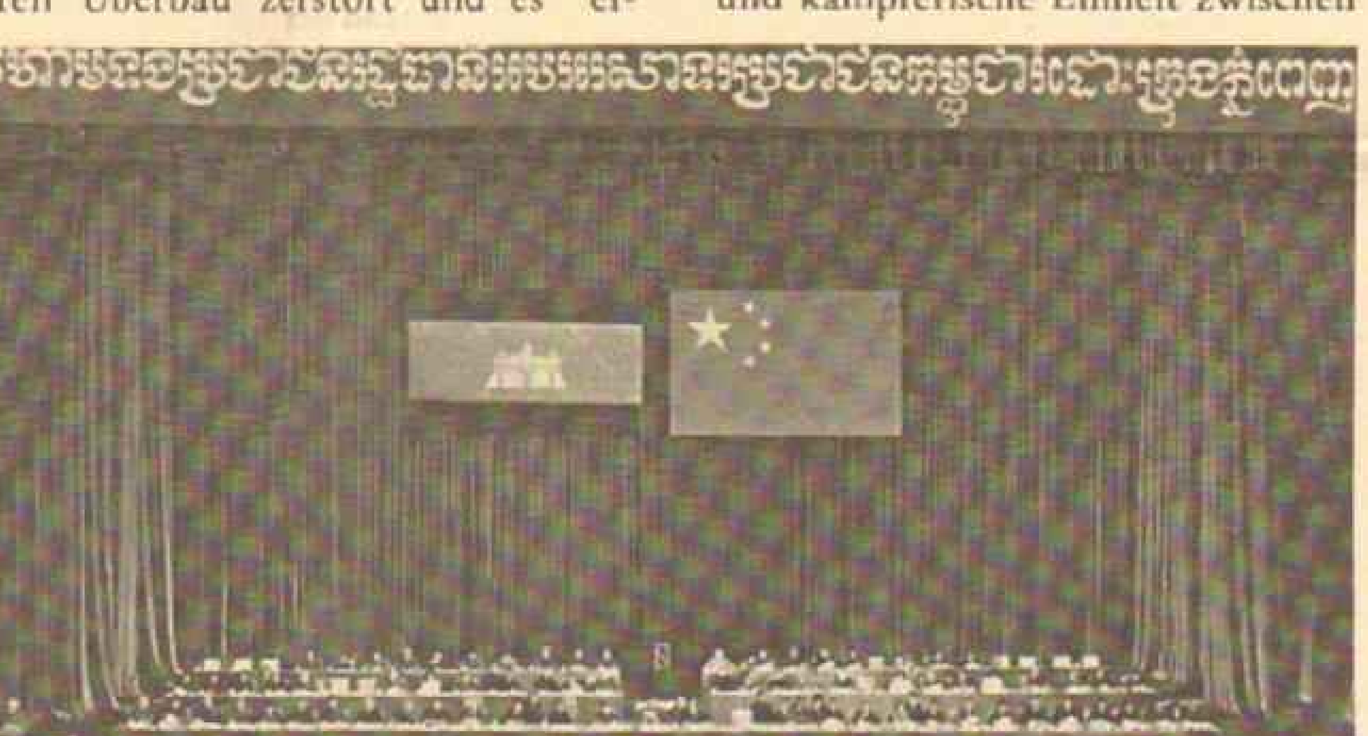
Das kambodschanische Volk und die GRUNK unterstützen ohne jeden Vorbehalt den Standpunkt der chinesischen Regierung in der Frage der Befreiung Taiwans — ein geheiligtes Territorium der Volksrepublik China.

In seinem Kampf zur Erringung der heiligen Sache der Befreiung der Nation und des Volkes hat das kambodschanische Volk immer die aufrichtige Hilfe der chinesischen kommunistischen Partei, der Regierung Chinas und des chinesischen Brudervolkes unter der weitblickenden Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung im Einklang mit den Prinzipien des Internationalismus erfahren. Die Nation und das Volk Kambodschas, die FUNK und die GRUNK, sprechen deshalb ihren herzlichen Dank aus.

Im Laufe des Gespräches betonten beide Seiten ihre Zufriedenheit darüber, daß zwischen China und Kambodscha und zwischen den beiden Völkern eine tiefe revolutionäre Freundschaft besteht. Die große revolutionäre Freundschaft und kämpferische Einheit zwischen den beiden Ländern und Völkern hat sich in den vergangenen Jahren gefestigt und noch besser entwikkelt. Beide Seiten sind entschlossen, sich noch fester zusammenzuschließen und sich gegenseitig im gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus zu unterstützen.

Beide Seiten sind sich einig in der Einschätzung, daß die gegenwärtige internationale Situation ausgezeichnet ist. Die revolutionären Völker der Welt gewinnen schnell an Bewußtsein und an Kraft. Länder wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution. Das ist eine unwiderrufliche historische Strömung geworden. Sie versetzt der alten Ordnung, die auf Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus basiert, heftige Schläge und verstärkt so die Schwierigkeiten und das Debakel aller reaktionären und faulenden Kräfte. Die ganze Welt ist in Aufruhr. Es ist nirgendwo ruhig. Die verschiedenen grundlegenden Widersprüche in der Welt verschärfen sich immer mehr. Die Rivalität der Supermächte mit dem Ziel der Weltherrschaft wird immer heftiger. Die Faktoren eines neuen Weltkrieges verstärken sich. Die Völker der verschiedenen Länder müssen sich darauf vorbereiten. Wenn der Imperialismus beabsichtigt, einen neuen Krieg zu entfesseln, so wird das lediglich seinen eigenen Untergang beschleunigen und die Revolution der Völker der Welt zu neuen Siegen führen. Ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die Zukunft der Welt ist in jedem Fall glänzend.

Beide Seiten betonen voller Freude, daß die zahlreichen Länder der dritten Welt Tag für Tag bewußter und stärker werden, daß sie eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten spielen. Die kleinen Länder und die armen Länder, die lange Zeit unter Unterdrükkung, Ausplünderung, Raub und Ausbeutung gelitten haben, rüsten sich für einen einigen Kampf von großer Tragweite gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und erringen unaufhörlich glänzende Siege. Beide Seiten drükken ihre feste Entschlossenheit aus, daß sie an der Seite der Völker der dritten Welt kämpfen und sie machtvoll in ihrem Kampf zu Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, der Verteidigung der Souveränität des Staates und der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft unterstützen werden."



Feierliche Kundgebung zum Sieg des kambodschanischen Volkes in Peking.

Wer sind die Feinde des portugiesischen Volkes?

Fortsetzung von Seite 1

schen Macht zu schieben, ihren Einfluß in Staatsapparat und Gewerkschaftsbewegung, in der Armee und den Massenmedien schnell und rücksichtslos auszubauen. **Sie wurden zum Hauptfeind des portugiesischen Volkes, die das Land in eine sozialfaschistische Diktatur von Moskaus Gnaden zu verwandeln drohen.**

Sie haben jetzt schwere Schläge einstecken müssen, und es hat sich gezeigt, daß ihre Politik, die Revolution zu unterdrücken und das Land den russischen Sozialimperialisten in die Hände zu spielen, objektiv auch alle anderen reaktionären und faschistischen Kräfte, den Einfluß der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten gestärkt und begünstigt hat.

Einige Tatsachen zur Illustration: In allen bisherigen Regierungen haben sie die vollständige und entschädigungslose Enteignung der amerikanischen und westeuropäischen Monopole und Banken, die vom Schweiß und der Arbeit des portugiesischen Volkes leben, verhindert. Sie haben einem Gesetz zugestimmt, das die Streiks und die Kämpfe der Arbeiterklasse unterdrückt. Sie haben einem Gesetz zugestimmt, das Landbesetzungen der Latifundien durch die Landarbeiter verbietet und die Agrarreform unter der Losung „Den Boden dem, der ihn bebaut!" sabotiert. Sie haben die Mitgliedschaft Portugals im aggressiven, von den amerikanischen Imperialisten beherrschten NATO-Pakt befürwortet und die rücksichtslose und entschlossene Säuberung der Armee von den faschistischen und imperialistischen Kräften verhindert.

Die Tatsachen zeigen, daß die Rivalität der beiden Supermächte, von denen jede Portugal zu ihrer Kolonie machen möchte, die Ursache der gegenwärtigen Krise in diesem Land ist. Diese beiden Räuber schüren die Unruhe, sie sind es, die, gestützt auf ihre Lakaien und Agenten, auf schwankende Elemente, hoffen, ihre teuflischen Pläne gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des portugiesischen Volkes durchführen zu können.

Die amerikanischen Imperialisten werden sich niemals freiwillig aus Portugal zurückziehen. Ebensowenig werden sie dem Eindringen der russischen Sozialimperialisten in Portugal tatenlos zusehen.

Kurz bevor er nach Helsinki reiste, hat der amerikanische Präsident Ford die Neuen Zaren im Kreml offen gewarnt und Portugal für sich beansprucht. Er hat gleichzeitig „bedauert,", daß der US-Geheimdienst CIA seine Wühl- und Sabotagetätigkeit nicht in größerem Maßstab betreiben kann.

Das sind deutliche Worte, die zeigen, daß sich der Kampf und die Rivalität der beiden Supermächte verschärfen. Darüberhinaus haben die westeuropäischen Imperialisten eine hektische Aktivität entfaltet, um sich in Portugal einzumischen. Helmut Schmidt drohte sogar unverhüllt: „Wir sind nicht gewillt, an der Südflanke der NATO ein Vakuum entstehen zu lassen." Druck und Erpressung wie die Bildung einer „sozialdemokratischen Interventionsgruppe", Ausnutzung der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landes zur Erpressung mit Krediten usw. usf. – das alles ist offenkundig.

Die westeuropäischen und amerikanischen Imperialisten haben darüberhinaus die von ihnen großgezogene und mit DM, Pfund und Dollar aufgepäppelte „Sozialistische Partei" Soares , die jetzt gemeinsam mit den „christlichen" und „demokratischen" Parteien den faschistischen Terror unterstützt, für ihre Interessen ins Rennen geschickt.



Revolutionäre Soldaten demonstrieren am 20. August gegen den russischen Sozialimperialismus und den US-Imperialismus.

Die vergangenen vierzehn Monate haben gezeigt, daß alle großen bürgerlichen Parteien entweder mit dem Imperialismus paktieren, oder, wie Cunhals Partei, direkt als Agenten der Sozialimperialisten auftreten. Wer ihnen die Geschicke Portugals überläßt, liefert es in Wirklichkeit dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus in die Hände.

Dies gilt auch für die verschiedenen Strömungen in der Bewegung der Streitkräfte, die sich mit den ausländischen Imperialisten verbunden haben oder ihnen in die Hände arbeiten.

Die Gruppe Antunes, die vor kurzem mit einer Plattform hervorgetreten ist, in der sie sich als Retter gegen eine sozialfaschistische Diktatur empfiehlt, vertritt eben nicht, wie die „Rote Fahne" (32/75) meint, das „Programm aller fortschrittlichen Kräfte" in Portugal. Sie empfiehlt ja gerade den „politischen Pluralismus mit den Parteien", d.h. sie will das Schicksal der portugiesischen Revolution in die Hände eines Soares legen und auch die sozialfaschistische Partei Cunhals, der sogar das Attribut „revolutionär" gegeben wird, an der Macht beteiligen. Und genau das bedeutet, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit des portugiesischen Volkes letzten Endes in die Hände seiner schlimmsten Feinde, der beiden Supermächte, zu legen. Darüberhinaus empfiehlt die Gruppe Antunes direkt „energisch die Anarchie und den Populismus zurückzudrängen" und meint damit die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenkommissionen, und arbeitet auch damit dem Imperialismus und Sozialimperialismus und seinen Lakaien in die Hände. Es ist bezeichnend, daß diese Gruppe dann auch von dem „tragischen Konflikt in Angola" spricht, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, diesem Volk die sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit zu gewähren und vor allen Dingen alle Kolonialtruppen sofort zurückzuziehen. Ohne aber mit der kolonialistischen Unterdrückung endgültig Schluß zu machen, wird sich auch das portugiesische Volk nicht befreien können.

Wer diese Kräfte zur Hauptkraft machen will, um das Eindringen des russischen Sozialimperialismus und den Einfluß des Sozialfaschisten Cunhal zu bekämpfen, der will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Die Ereignisse in den letzten vierzehn Monaten haben gezeigt, daß es nur eine Klasse gibt, die fähig ist, die portugiesische Revolution und den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die Demokratie zu Ende zu führen: die Arbeiterklasse. Ihr Bündnis mit den Bauern, den Soldaten und Matrosen, den patriotischen Offizieren in der Armee, mit allen Kräften, die bereit sind, gegen Faschismus, Imperialismus, Sozialimperialismus zu kämpfen, ist der einzige Weg zum Sieg. Das ist der Weg der Volksrevolution unter der Führung der Arbeiterklasse.

Gegen den schändlichen Verrat der modernen Revisionisten, gegen die imperialistischen und sozialimperialistischen Komplotte um die portugiesische Revolution zu erwürgen, unterstützen wir den Kampf der portugiesischen Marxisten-Leninisten in Portugal, die konsequent den Weg der Revolution gehen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Die Kommunistische Partei der Philippinen/Marxisten - Leninisten

Nur der revolutionäre Volkskrieg führt die Revolution zum Sieg!

Wir wollen in diesem Artikel über den Kampf und die Aufgaben unserer Bruderpartei auf den Philippinen, der Kommunistischen Partei der Philippinen/Marxisten-Leninisten (KPPh/ML) berichten, die an der Spitze des bewaffneten Kampfes des philippinischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Demokratie steht. Wir stützen uns dabei auf Berichte von Genossen, die kürzlich die Philippinen besucht haben und auf das Buch „Philippinische Gesellschaft und Revolution" des Vorsitzenden der ZK der KPPh/ML, Genossen Amado Guerrero, das in deutscher Sprache im „Verlag Kommunistische Texte" in Münster erschienen ist.

Die Philippinen sind ein reiches und schönes Land. Aber seit mehr als 400 Jahren sind es ausländische Mächte, die seine Reichtümer plündern und das Volk unterjochen und versklaven. Das philippinische Volk hat sich aber damit in seiner ganzen Geschichte niemals abgefunden. Es erhob sich in mehr als 200 Aufständen gegen die spanischen Kolonialisten und 1898 hatte es die spanischen Unterdrücker in seinem Befreiungskampf in den Mauern von Manila zusammengetrieben, als die amerikanischen Imperialisten unter dem Vorwand der „Hilfe" ihre Truppen landeten, zwar die spanischen Kolonialisten verjagten, das Land aber zu ihrer Kolonie machten und dem Volk ein neues grausames Joch auferlegten.

Heute sind die Philippinen eine Neokolonie der amerikanischen Imperialisten, die die Inseln mit einer großen Zahl von Militärstützpunkten überzogen haben, die dem Land eine Reihe von ungleichen Verträgen aufgezwungen haben, die es ihnen nicht nur erlauben, sich unter dem Vorwand der „Sicherung des Friedens" jederzeit in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, sondern darüber hinaus auch die wirtschaftliche Ausplünderung seiner Reichtümer, die kulturelle und wirtschaftliche Infiltration diktieren. Alle entscheidenden Zweige der Wirtschaft befinden sich in der Hand der amerikanischen Monopole.

Die amerikanischen Imperialisten treten aber nicht nur die nationale Souveränität des Volkes mit Füßen, sie erhalten auch mit aller Kraft die Großgrundbesitzer am Leben, die die Bauern in den ländlichen Gebieten, d. h., die große Mehrheit des Volkes in feudaler Abhängigkeit halten und ausplündern, indem sie ihnen z. B. eine Pacht in der Höhe bis zu 80% der Ernte auferlegen.

Das philippinische Volk hat sich deshalb immer wieder voller Haß und voller Empörung gegen die amerikanischen Imperialisten und die einheimischen Ausbeuterklassen erhoben, Demonstrationen und Kämpfe durchgeführt. **Und seit 1968 kämpft an der Spitze des Volkes die KPPh/ML, um die nationaldemokratische Revolution durchzuführen, das Joch der amerikanischen Imperialisten abzuschütteln und die einheimischen Ausbeuterklassen niederzuschlagen.**

Gleichzeitig ist die KPPh/ML ebenso wachsam gegenüber den russischen Sozialimperialisten, die sich in ihrer Rivalität mit den amerikanischen Imperialisten schon seit längerer Zeit bemühen, in den Philippinen Fuß zu fassen. Genosse Amado Guerrero schreibt daher in seinem Buch: „Es ist Lug und Trug zu glauben, der sowjetische Sozialimperialismus könne für die Nation oder gar für die Nationalbourgeoisie von Nutzen sein. Dem sowjetischen Sozialimperialismus geht es nicht im geringsten um die Unterstützung der philippinischen Revolution. Ganz im Gegenteil. Ihm geht es einzig darum, dem gegenwärtig in seinen Grundfesten erschütterten philippinischen Staat aus der Klemme zu helfen, gemeinsam mit der Kompradorenbourgeoisie die Volksmassen zu betrügen und mittels preisüberhöhter sowjetischer Waren und Kapitalien an die philippinischen Rohstoffe heranzukommen und sich auf den Inseln einen neuen Absatzmarkt zu erschließen."

Die KPPh/ML entstand im harten Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus und der philippinischen Revolution. Als sie am 26. 12. 1968 gegründet wurde, war das das Ergebnis eines kompromißlosen jahrelangen Kampfes gegen die revisionistische Clique der Lava und Taruk, die die ruhmreiche, 1930 gegründete, Kommunistische Partei der Philippinen zu einer revisionistischen sozialfaschistischen Partei des Verrats gemacht hatte.

Von welchem Schlag diese Clique ist, zeigt sich z. B. daran, daß sie schon 1945, als die revolutionäre Bewegung des philippinischen Volkes nach der Zerschlagung der japanischen Imperialisten durch die HUK (die unter Führung der KP stehende Volksarmee) einen neuen Aufschwung nahm behaupteten: Das Volk „ist kriegsmüde" und sehnt sich nach einem demokratischen Frieden" und damit dem Volk die Waffen aus der Hand wanden. Sie wollten sogar die Partei zugunsten einer „Demokratischen Allianz" auflösen und es gelang ihnen sogar, einen Teil der HUK in eine Armee von Gangstern zu verwandeln.

Heute sind sie sogar soweit gegangen, konterrevolutionäre bewaffnete Banden, die ihre Aufträge von Großgrundbesitzern erhalten, zu organisieren, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen. Das sind die Leute, auf die Moskau Stein und Bein schwört und die sich selbst als Führer der philippinischen Revolution bezeichnen.

„GIBT ES KEINE VOLKSARMEE, DANN GIBT ES NICHTS FÜR DAS VOLK!" (MAO TSETUNG)

Aber nicht sie, sondern die KPPh/ML ist die Führerin der philippinischen Revolution. **Die Partei stellte schon bei ihrer Gründung fest, daß die Revolution ohne einen langandauernden revolutionären Volkskrieg nicht gelingen kann. Sie sammelte und organisierte daher die revolutionären Kämpfer und 1969 wurde der bewaffnete Kampf von ungefähr 70 Revolutionären in Zentralluzon aufgenommen. Leiter dieser Kämpfe war der erfahrene Revolutionär Commander Dante, ein ehemaliger HUK-Kämpfer. Dies war zugleich die Geburtsstunde der Neuen Volksarmee, des bewaffneten Arms der Volksrevolution unter der Führung der Partei. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und die Parteineugründung haben zu einem Wendepunkt in der Geschichte der philippinischen Revolution geführt.**



Jugendbildnis des Genossen Dante

Seit dieser Zeit hat sich die neue Volksarmee ständig vergrößert und bereits in vielen Gefechten ihre Kampfkraft unter Beweis gestellt. Es gelang ihr sogar im vergangenen Jahr erstmals ein Flugzeug der Marcosluftwaffe abzuschießen. Heute operieren allein auf Luzon Guerillagruppen in einer Gesamtstärke von ca. 2500 Mann. Das Marcosregime hat immer wieder versucht, die Volksarmee durch Einkreisungs- und Umzingelungsoperationen zu vernichten, an denen sich auch die Soldaten der amerikanischen Besatzer beteiligten. Die letzte dieser Operationen hat Anfang des letzten Jahres stattgefunden. Aber alle Aktionen des Marcosregimes haben die Flammen des revolutionären Volkskrieges nicht auslöschen können. Im Gegenteil, die Neue Volksarmee hat sich immer besser in den Volksmassen verankert und es existieren bereits halbbefreite Gebiete.

Die Soldaten der Neuen Volksarmee (NVA) zeichnen sich durch eine eherne revolutionäre Disziplin aus, die von der Bevölkerung überall im Lande gerühmt wird. Niemals wird ein Soldat der Volksarmee etwas von einem Bauern nehmen ohne ihn zu fragen und dafür zu bezahlen, während die amerikanischen Besatzertruppen und die Marcossöldner wegen ihrer Mordtaten, ihrer Brutalitäten, ihrer Plündereien von der Bevölkerung gehaßt und verachtet werden. Wie groß das Vertrauen vor allem der armen Bauern in die NVA ist, zeigt folgender Bericht eines der Genossen, die die Philippinen besucht haben.

„Ein Bauer in Zentralluzon erzählte mir, daß eines nachts seinem Nachbarn im Dorf der Wasserbüffel gestohlen worden ist, das einzige Arbeitstier, das er besaß und ohne das er seine Felder nicht hätte bestellen können. Der Bauer informierte die NVA in der Nähe des Dorfes und sie war in der Lage innerhalb von 24 Stunden ihm den Büffel und den Dieb zu bringen. Der Bauer erzählte, daß es in solchen Fällen keinen Zweck habe, die Polizei einzuschalten, da man die Bestechungsgelder nicht zahlen könne, die hingelegt werden müßten, damit sie überhaupt zuhört. Außerdem könne es passieren, daß man selbst bestraft wird, wenn der Dieb einflußreich ist oder für einen einflußreichen Herrn arbeitet. So hat die NVA auch die Aufgabe, die Bauern gegen Übergriffe der Polizei sowie gegen reiche Kriminelle, die sich auf die Polizei stützen, zu schützen. Die Bauern wissen daher sehr genau, was es für sie bedeutet, sich auf eine bewaffnete Macht zu stützen, die ihre gerechte Sache mit dem Gewehr beschützt."

In Zusammenhang mit der Reise des philippinischen Präsidenten Marcos in die VR China und der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, hat die imperialistische Presse in der letzten Zeit wiederholt Lügen darüber ausgestreut, daß nun die VR China „ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten" der Philippinen „beenden" müsse. Damit versuchen sie einerseits die VR China zu verleumden, andererseits die philippinische Revolution als von außen exportiert hinzustellen.

In Wirklichkeit ist es gerade die Marionettenregierung, die gezwungen ist, sich auf die ausländischen Imperialisten zu stützen, da sie im eigenen Volk keinen Rückhalt hat. Die Revolutionäre dagegen vertreten die gerechte Sache des Volkes, sie kämpfen in Übereinstimmung mit den Interessen der breiten Massen. Die KPPh/ML und die Neue Volksarmee stützen sich im Kampf in erster Linie auf die eigenen Kräfte.

Die Waffen der NVA z. B. sind zu über 90% vom Feind erbeutet, ein kleiner Teil wird auch selbst gebaut. Die Bauern auf dem Land, die Arbeiter und Werktätigen in der Stadt, patriotischen Menschen auf den Philippinen und in Übersee sammeln Geld und Medikamente für die revolutionären Kämpfer und geben viele Beispiele für die Unterstützung des revolutionären Kampfes. So wird z. B. berichtet, daß eine Gruppe von jungen patriotischen Nonnen jeden Sonntag in die Berge zieht, um verwundete Kämpfer der NVA zu versorgen und zu pflegen.

Die KP Chinas und die KPPh/ML sind Bruderparteien, ihre Freundschaft beruht auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus. In diesem Rahmen leistet die KP Chinas auch ideelle und materielle Hilfe an ihre kämpfenden Genossen. Aber diese Hilfe ist von untergeordneter Bedeutung. Die KPPh/ML hat immer erklärt, daß sich die Partei und die NVA im Kampf immer vorrangig auf die eigenen Kräfte verlassen und sich auf die eherne Einheit zwischen Volk, Armee und Partei stützen, einer Einheit, die die Garantie für den Sieg in der philippinischen Revolution darstellt.

Um die Revolution zum Sieg zu führen, kämpft die KPPh/ML darum, alle revolutionären Klassen in einer Front gegen den Imperialismus und die Ausbeuterklassen zusammenzuschließen. Ein besonderes Problem bildet dabei die Bewegung der muselmanischen Bevölkerung auf den Südphilippinen, die wie z. B. in der Moro-Befreiungsfront seit langem schon den bewaffneten Kampf führt.



DIE BEWEGUNG DER MOSLEMS

Der Kampf der Moslems im Süden ist im Kern der Kampf der armen Bauern und Fischer gegen die Grundherren aus dem Norden, gegen die ausländischen Plantagengesellschaften und die ausländischen Fischtrawler, mit denen die traditionellen Auslegerboote der Moslems nicht konkurrieren können. Die Bauern werden durch die bewaffneten Banden der Grundherren oder regulären philippinischen Truppen brutal von ihrem Land vertrieben oder gezwungen, es zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Aber in dieser Befreiungsfront gibt es starke bürgerliche Kräfte, einschließlich der reichen muselmanischen Grundherren und Kaufleute, die ständig zu Abkommen mit der Marcos-Clique und den US-Imperialisten neigen, die das Ziel haben, einen eigenen moslemischen Staat zu bilden, obwohl die Moslems des Südens keine eigene Nation bilden und auf jeden Fall die Zusammenarbeit mit den Revolutionären, der NVA und der KPPh/ML ablehnen

Die NVA und die Partei haben dagegen ihre Anstrengungen verstärkt, sich mit den wirklichen Revolutionären der muselmanischen Bewegung zusammenzuschließen und diese waren auch bisher bereit, die NVA zu unterstützen. Die KPPh/ML ist davon überzeugt, daß sich in dieser Bewegung über kurz oder lang die revolutionären Elemente durchsetzen werden, die von den armen Bauern, Fischern, der Kleinbourgeoisie und radikaler Intelligenz des Südens repräsentiert wird, und am Kampf um die nationaldemokratische Revolution teilnehmen.

Heute ist die Lage für den Sieg der philippinischen Revolution günstiger denn je. Angespornt durch die historischen Siege der Völker von Vietnam und Kambodscha, verstärkt das philippinische Volk den revolutionären Volkskrieg. Geführt von seiner marxistisch-leninistischen Partei wird es in diesem Kampf den Sieg erringen, und sich von der jahrhundertelangen imperialistischen Unterjochung und Ausbeutung befreien.

Aus aller Welt

USA

Die afroamerikanische Bevölkerung in den USA verstärkt ihren Kampf gegen die Unterdrückung durch den US-Imperialismus. Anfang August kam es in Detroit zu dreitägigen großen Demonstrationen der Afroamerikaner, nachdem die Behörden einen rassistischen Barbesitzer der einen jungen Neger ermordet hatte, nach kurzer Zeit freigelassen hatten. Mit Gummiknüppeln und Tränengas versuchte die Polizei die Demonstrationen zu unterdrücken, stieß aber auf den entschlossenen Widerstand der Demonstranten, die den Polizeiterror mit Pflastersteinen und anderen Gegenständen, die sie auf die Polizisten warfen, beantworteten. Kurze Zeit darauf kam es in Boston zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Afroamerikanischen Demonstranten und der Polizei, die mit Hunden und Pferdestaffeln versuchte, die Farbigen von einem Strandstück zu vertreiben, das nur für Weiße reserviert war. Außerdem fanden gerade erst im ganzen Land Demonstrationen statt, in denen Freispruch für Joan Little gefordert wurde, die wegen Mordes an einem Gefängniswärter angeklagt war, obwohl sie ihn in Notwehr erschlagen hatte, als er sie zu vergewaltigen versuchte. Angesichts der offenkundigen Unhaltbarkeit der Anklage und der großen Proteste mußte die US-Klassenjustiz Joan Little inzwischen freisprechen.

OMAN

In einer Erklärung der Volksfront für die Befreiung von Oman heißt es, daß die patriotischen Kräfte am 9. August ein Militärlager des Feindes in Abdar im Westen der Stadt Raysud bombardierten. Durch die heftigen Explosionen fanden zwölf Söldner den Tod. Acht Stellungen des reaktionären Regimes des Sultans Qabus wurden vernichtet. Diese und die schweren Verluste schon vor einigen Tagen haben die reaktionären Behörden des Omaner Regimes in Unruhe versetzt. Gegen die Patrioten wurden seit einigen Tagen scharfe Unterdrückungsmaßnahmen in verschiedenen Teilen Dhofars durchgeführt. Wie eine Erklärung der Nationalen Befreiungsfront von Oman meldet, führte das reaktionäre Regime einen schweren Flugzeugangriff in einigen Gebieten von Dhofar durch.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

US-Truppen raus aus Ostfriesland!

Es ist ein offenes Geheimnis daß es allein in Ostfriesland drei Abschußbasen für Atomraketen gibt. Jetzt sollen im norddeutschen Raum, vor allem an der Nordsee, die US-Besatzertruppen um mindestens 15000 Mann verstärkt werden.

Die Anwesenheit der imperialistischen Armeen stellt eine ständige Belästigung für die Bevölkerung dar. Dauernder Flugzeuglärm, besonders „Schallmauerdurchbruch" über bewohnten Gebieten, nächtliche Hubschrauberübungen, Kolonnen, Kolonnenfahren auf Bundesstraßen (auch Panzer) usw. Darüber hinaus wurden viele Bauern schon von ihrem jahrzehntelang bewirtschafteten Boden vertrieben, weil Flugplätze und die sogenannten militärischen Sicherheitsbereiche vergrößert wurden.

der lange Kampf der Bevölkerung gegen die Stationierung der Bundeswehr in den 60er Jahren gezeigt, das zeigt jetzt der Kampf gegen den Fluglärm, zeigt die erfolgreiche Verhinderung des Ausbaus des Flugplatzes Upjever. Das zeigt sich aber auch daran, daß die Berufssoldaten in einer Siedlung am Rande der Stadt wohnen und die ranghohen Offiziere ihr Bungalowviertel besitzen. Kontakt haben sie nicht mit der Bevölkerung, sondern mit der Stadtverwaltung und einigen Bourgeoisfamilien.

viel wie die Sicherheit der Bevölkerung von Hiroshima, so viel wie die Sicherheit des Volkes von Korea, Vietnam und Kambodscha — nämlich überhaupt nichts. Alles, was die US-Imperialisten interessiert, ist der Schutz ihrer eigenen Sicherheit, der Kampf um die Hegemonie auf der Welt. Und dazu und zu nichts anderem haben sie auch ihre Atomsprengköpfe in Westdeutschland stationiert.



Die bürgerliche Presse versucht, die immer wieder aufflammende Empörung gegen die Armeen mit Lobestiraden über die angebliche Verbundenheit zwischen der Bevölkerung und der imperialistischen Armee zu besänftigen. So erschien in einem Extrablatt der Wittmunder Lokalzeitung zum Wittmunder Bürgermarkt, auf dem die Partei übrigens für über 30 DM Bücher und Zeitungen verkaufte, ein Artikel, geschrieben von den public-relation-Leuten der Bundeswehr unter der Überschrift „Partnerschaftliche Verbundenheit", in dem es unter anderem hieß:

„Zwischen dem ostfriesischen Himmel und der reizvollen Küstenlandschaft ist das Reich der Kampfbesatzungen und ihrer Phantomflugzeuge. Die Flugzeuge über dem Gebiet von Wittmund und Wittmundhafen sind ein Stück Wittmunder Realität, ja ein Stück Wittmund. So ist es ganz natürlich, daß zwischen den Soldaten und der Bevölkerung ein herzliches Verhältnis besteht."

Daß dies eine glatte Lüge ist, hat

Während man früher die Anwesenheit der US-Truppen nicht so bemerkte, tauchen jetzt immer mehr Amis in unserer Gegend auf. Wir bemerken sie besonders abends in den Lokalen. Es sind meist breite Kerle, kurz geschoren, mit Jeans, Pophemden und Stiefeln. Ihre lässige Arroganz und ihr aufdringliches Gehabe zeigen schon, daß sie nicht dazu eingezogen wurden, das Volk zu „schützen". sondern es zu unterdrücken. Es sind GIs, die, aus Indochina vertrieben, von den US-Imperialisten jetzt verstärkt nach Westeuropa geschickt werden, um hier die Interessen der US-Monopole gegen den Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft, die russischen Sozialimperialisten, und auch gegen das deutsche Volk zu verteidigen. **Diese Spezialeinheiten erhalten die Atomsprengköpfe nicht, um — wie es in Washington und in Bonn heißt — die Sicherheit des deutschen Volkes zu „verteidigen". Als Schlesinger vor einigen Wochen mit einem Atomschlag gegen Westeuropa drohte, da ist hinreichend klar geworden, wieviel ihm die Sicherheit des deutschen Volkes wert ist, so-**

Allen Friedensbeteuerungen und allen Annährungsversuchen der US-Besatzer zum Trotz wird die Gefahr, die von diesen Truppen ausgeht, auch immer mehr Menschen klar. „Erst kommen die Soldaten und dann der Krieg", sagte zum Beispiel ein Wittmunder einem Sicherheitsoffizier der Amis, der in einer Wittmunder Diskothek mit einer Flasche Wisky Eindruck schinden wollte. Es ist die Aufgabe der Partei und der Roten Garde, die Bevölkerung in ihrem zutiefst berechtigten Mißtrauen gegen die US-Besatzer und ihre Friedensbeteuerungen zu unterstützen, die Gefahr eines drohenden 3. Weltkrieges nachzuweisen und den Weg des Kampfes dagegen zu zeigen. Wie die beiden Photos aus der Wittmunder Presse zeigen, kann sogar die bürgerliche Presse nicht darum herum, zu den Aktivitäten der Partei und der Roten Garde auf diesem Gebiet Stellung zu beziehen.

Waffe im Kampf gegen die Kriegsgefahr

Lenin ÜBER KRIEG UND FRIEDEN

1974 erschien im Verlag für fremdsprachige Literatur in Peking die Broschüre LENIN ÜBER KRIEG UND FRIEDEN. Sie enthält drei Artikel „Sozialismus und Krieg", „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" und „Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus."

Lenin erläutert zuerst die grundsätzliche Haltung der Kommunisten zum Krieg:

„Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten und der Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Inneren eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d. h. von Kriegen der unterdrückten Klassen gegen die unterdrückende Klasse . . ."

Jeder Krieg muß also konkret auf seinen Charakter hin untersucht werden. Weil in jedem Krieg nur die vorausgegangene Politik mit gewaltsamen Mitteln fortgesetzt wird, muß man fragen, welche Politik wird im jeweiligen Krieg fortgesetzt? Lenin tut das in Bezug auf den 1. Weltkrieg im Kampf gegen die Verräter der 2. Internationale. Er zeigt, daß die Raubpolitik, die von den imperialistischen Mächten seit Ende des 19. Jahrhunderts betrieben wurde, nun mit den Mitteln des imperialistischen Raubkrieges fortgesetzt wird.

LENIN ÜBER
KRIEG UND FRIEDEN

Drei Artikel

Zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Was ist die Aufgabe der Kommunisten und Völker in einem solchen Krieg? Lenin sagt: sie müssen den Kampf zwischen den Räubern ausnutzen, um sie beide zu vernichten. Anders als bei den nationalen Befreiungskriegen des 19. Jahrhunderts, bei denen Marx und Engels für die gerechte Seite der kriegführenden Parteien eintraten, gibt es im imperialistischen Weltkrieg von 1914 keine „gerechten" Räuber, genauso wenig, wie heute eine der beiden Supermächte oder der imperialistischen Staaten Westeuropas einen „gerechten" Standpunkt vertritt.

Lenin widerlegt Kautsky und die Opportunisten von 1914 genauso wie die Agentur des Imperialismus von heute, die D„K"P, wenn er sagt:

„Wer dafür eintritt, die Schwierigkeiten, in denen sich die Regierungen jetzt befinden, für den Kampf um die soziale Revolution auszunutzen, der verficht die wirkliche Freiheit wirklich aller Völker, die nur im Sozialismus durchführbar ist."

Lenin zeigt, daß dafür die Bewaffnung des Volkes notwendig ist. Nicht allgemeine Entwaffnung und Friedensillusionen, wie sie die modernen Revisionisten propagieren, führen zum Ziel. Sondern Bewaffnung des Volkes in Kampf gegen seine Unterdrücker — das ist das Militärprogramm der proletarischen Revolution.

Im letzten Aufsatz geht Lenin auf die Frage eines möglichen Friedensschlusses nach dem 1. Weltkrieg ein. Er zeigt, wie hier das gleiche gilt, wie schon für den Krieg: nämlich, welche Politik soll der Frieden fortsetzen? Die sogenannten „Friedenspläne der Verräter der 2. Internationale setzten die Rechtfertigung der imperialistischen Kriegspolitik fort. Sie gingen, wie Lenin sagt, aus vom *„Standpunkt eines bürgerlichen Maklers, der eine gütliche Vereinbarung zwischen imperialistischen Räubern vorschlägt* . . ."

Diese Schriften Lenins sind eine scharfe Waffe im Kampf des Volkes gegen den imperialistischen Krieg und gegen die modernen Revisionisten, die ihn vorbereiten helfen.

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20 Tel.: 0511/ 44 15 02. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5 Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19 Tel.: 089 / 77 51 79 Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

WESTBERLIN

Großkundgebung zum Roten Antikriegstag 1975

1. 9. 1975, 17.00 Uhr,
Karl-Marxstraße (bei Quelle)

Zu dieser Kundgebung rufen unter anderem die KPD/ML und die GRF (KPD) auf.



Samstag, 30. 8. und Sonntag, 31. 8.
Stadthalle Offenbach (bei Frankfurt)
Beginn: Samstag 17 Uhr, Sonntag: 10 bis 18 Uhr